



Ursachen von Staatskollaps und fragiler Staatlichkeit

Eine Übersicht über den Forschungsstand

Daniel Lambach/Felix Bethke

**INEF-Report
106/2012**

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN


Institut für Entwicklung und Frieden

AUTOREN:

Dr. Daniel Lambach ist Vertretungsprofessor für internationale Beziehungen an der Universität Duisburg-Essen und leitet dort das Forschungsprojekt „Warum brechen Staaten zusammen? Eine Mehrmethoden-Untersuchung der Ursachen von Staatskollaps“. Seine Forschung befasst sich mit fragiler Staatlichkeit, der Stabilität autoritärer Regime sowie Fragen von Souveränität und Territorialität.

E-Mail: daniel.lambach@uni-due.de

Felix Bethke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Politik und Regionalstudien der Universität Greifswald. In seiner Forschung befasst er sich mit fragiler Staatlichkeit, politischer Herrschaft in Sub-Sahara Afrika sowie Wissenschaftssoziologie.

E-Mail: bethkef@uni-greifswald.de

BIBLIOGRAPHISCHE ANGABEN:

Daniel Lambach/Felix Bethke: Ursachen von Staatskollaps und fragiler Staatlichkeit: Eine Übersicht über den Forschungsstand. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen (INEF-Report 106/2012).



Impressum

Herausgeber:

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Universität Duisburg-Essen

Logo design: Carola Vogel

Layout design: Jeanette Schade, Sascha Werthes

Cover photo: Jochen Hippler

© Institut für Entwicklung und Frieden

Lotharstr. 53 D - 47057 Duisburg
Phone +49 (203) 379 4420 Fax +49 (203) 379 4425

E-Mail: inef-sek@inef.uni-due.de

Homepage: <http://inef.uni-due.de>

ISSN 0941-4967



Ursachen von Staatskollaps und fragiler Staatlichkeit

Eine Übersicht über den Forschungsstand

Daniel Lambach/Felix Bethke

INEF-Report 106/2012

Universität Duisburg-Essen
University of Duisburg-Essen

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Institute for Development and Peace



ZUSAMMENFASSUNG

Daniel Lambach/Felix Bethke: Ursachen von Staatskollaps und fragiler Staatlichkeit: Eine Übersicht über den Forschungsstand. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen (INEF-Report 106/2012).

Die politikwissenschaftliche Forschung zu Staatskollaps, Staatszerfall und fragiler Staatlichkeit weist deutliche Schwerpunkte und Blindstellen auf. Besonders augenfällig ist der Mangel an einer systematischen Ursachenforschung. Eine Folge davon ist, dass in der wissenschaftlichen Literatur zwar eine Vielzahl kausaler Hypothesen formuliert, aber bislang nicht überprüft worden ist. Dieser INEF-Report bietet einen Überblick über den Stand der Forschung zu den Ursachen von Staatskollaps und fragiler Staatlichkeit. Es werden gängige Definitionen von fragiler Staatlichkeit vorgestellt und ein kurzer Überblick über das Forschungsfeld präsentiert, ehe speziell auf die Ursachenforschung eingegangen wird. Hier werden die aus der Literatur gewonnenen Hypothesen zusammengefasst. Abschließend werden Implikationen des Forschungsstands für Forschungsdesigns zur Ursachenforschung diskutiert.

ABSTRACT

Political Science research on collapsed, failed and fragile states has some clear priorities and blind spots. The lack of a systematic inquiry into the causes of these phenomena is particularly evident. Hence, there are many causal hypotheses that have never been subjected to empirical scrutiny. This INEF Report presents issues in the definition of state fragility before giving an overview of the research field. It then discusses present research into the causes of state fragility and collapse and summarizes those hypotheses that are most widely enunciated. It concludes with implications for causal research designs.

Inhalt

1.	Einleitung	5
2.	Definitionen von (fragiler) Staatlichkeit	6
3.	Übersicht über die Forschung	10
3.1	Forschungsfelder	10
3.2	Politisch-wissenschaftliche Diskurse	11
4.	Stand der Ursachenforschung	13
4.1	Hypothesen	15
4.1.1	Politische Faktoren.....	16
4.1.2	Wirtschaftliche Faktoren	22
4.1.3	Sozialstrukturelle und kulturelle Faktoren.....	23
4.1.4	Internationale und regionale Faktoren.....	24
4.2	Forschungsdesign.....	27
4.2.1	Qualitative und vergleichende Verfahren	28
4.2.2	Quantitative Verfahren.....	29
5.	Zusammenfassung: Anforderungen an eine künftige Ursachenforschung	32
6.	Literatur	36
7.	Anhang 1: Indikatorenkatalog für Staatskollaps	47



1. Einleitung*

Staatskollaps, Staatszerfall und fragile Staatlichkeit sind vieldiskutierte Begriffe, die alle auf dasselbe Phänomen verweisen: Die Unfähigkeit eines Staates, innerhalb seiner Grenzen als der Souverän aufzutreten, der er laut der politischen Theorie sein soll. Derartige fragile, zerfallende und kollabierte Staaten weisen unterschiedlich große Defizite auf, wenn es um zentrale Staatsaufgaben wie Gewaltkontrolle, die Durchsetzung staatlichen Rechts oder die Erhebung von Steuern und Abgaben geht. Die verschiedenen Begriffe verweisen dabei auf das Ausmaß der Problematik: Während Fragilität bereits auf geringe Defizite verweisen kann, müssen für eine Einstufung als Zerfall bereits deutliche Anzeichen vorliegen, während der Begriff „Kollaps“ nur auf eine kleine Gruppe von Extremfällen angewandt wird.

Seit den frühen 1990er Jahren hat sich in der Politikwissenschaft hierzu eine umfangreiche Literatur entwickelt, die jedoch deutliche Schwerpunkte und Blindstellen aufweist. Besonders augenfällig ist der Mangel an einer systematischen Erforschung der Ursachen eines derartigen Versagens staatlicher Institutionen. Dies liegt zum einen an einer wenig zielführenden „Arbeitsteilung“ der politikwissenschaftlichen Subdisziplinen der Internationalen Beziehungen und der Vergleichenden Politikwissenschaft (Lambach 2011) und zum anderen an einem Mangel angemessener Daten, um auf diesem Feld aussagekräftige Forschung mit größeren Fallzahlen durchzuführen. Eine Folge davon ist, dass in der wissenschaftlichen Literatur viele Hypothesen über die Ursachen von fragiler, zerfallender und kollabierter Staatlichkeit formuliert, aber bislang nicht überprüft worden sind. Diese Forschung bleibt außerdem nicht wissenschaftlich abstrakt, sondern ist eng mit politischen Debatten verknüpft. Politische Akteure haben die Entwicklung des Forschungsfeldes mit beeinflusst, dessen Ergebnisse wiederum zur Legitimierung bestimmter Politiken verwendet werden.

In diesem INEF-Report bieten wir einen Überblick über den Stand der Forschung zu den Ursachen von Staatskollaps und fragiler Staatlichkeit. Der Report dient auch der Offenlegung theoretischer Prämissen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Forschungsprojekts zum Thema „Warum brechen Staaten zusammen?“, das Ende 2011 seine Arbeit aufgenommen hat.¹ Dazu stellen wir zunächst gängige Definitionen von fragiler Staatlichkeit vor (Abschnitt 2), wobei wir sowohl auf die theorie- und ideengeschichtlichen Grundlagen der Forschung als auch auf neuere Debatten über die Sinnhaftigkeit des Begriffes eingehen. Danach präsentieren wir einen kurzen

* Die Autoren danken Markus Bayer und Eva Johais für ihre hilfreichen Kommentare, Ismail Küpeli für die Unterstützung bei der Recherche sowie Laura Blumenkemper für ihre redaktionelle Mitarbeit.

¹ Mehr Informationen zum Projekt finden sich unter <http://www.lehrstuhl-ibep.de/39-0-DFG-Projekt-Staatskollaps.html>.



Überblick über das Forschungsfeld sowie zur Überschneidung wissenschaftlicher und politischer Diskurse (Abschnitt 3), ehe wir speziell auf die Ursachenforschung eingehen (Abschnitt 4). Hier fassen wir die aus der Literatur gewonnenen Hypothesen zusammen. Abschließend diskutieren wir Implikationen des Forschungsstands für ein Design zur Ursachenforschung (Abschnitt 5).

2. Definitionen von (fragiler) Staatlichkeit²

Die gegenwärtige Beschäftigung mit fragiler Staatlichkeit hat ihre Wurzeln in einem Aufsatz aus dem Jahr 1992, der erstmals die Frage stellte, was der Westen – hier speziell die USA – tun könne, um „zerfallene Staaten“ (*failed states*) zu retten (Helman/Ratner 1992).³ Insbesondere in ihrer ersten Dekade befasste sich die Forschung stark mit Begrifflichkeiten – neben dem zunächst dominanten Konzept des Staatszerfalls (Gros 1996; Tetzlaff 1993) wurde u. a. von Staatskollaps (Zartman 1995), dem „unterbrochenen Staat“ (Saikal 2000), dem „invertierten Staat“ (Forrest 1998), den *Low-Income Countries Under Stress* (Weltbank 2002), dem „failing state“ (Tetzlaff 2000) sowie von „fragmentierten, unkontrolliert regierten Gebieten“ (Büttner 2004) gesprochen. Inzwischen hat sich der Begriff des „fragilen Staates“ als Sammelbegriff etabliert, was auch zu einer gewissen Integration der verschiedenen Ansätze in einem gemeinsamen Forschungsfeld beigetragen hat.

Der Fragilitätsbegriff bot gegenüber den Alternativen gleich mehrere Vorteile. Erstens ist damit eindeutig ein *Zustand* beschrieben, während beim zuvor dominanten Begriff des Staatszerfalls immer der Gedanke an einen *Prozess* der Verschlechterung mitschwang. Zweitens ist „Fragilität“ politisch unverfänglicher als Bezeichnungen wie „Schwäche“, „Versagen“ oder „Kollaps“, die alle das Defizitäre an der Staatlichkeit stärker betonen; gleichzeitig kann man aus dem neutral klingenden Begriff der Fragilität weniger leicht eine Schuldzuweisung herauslesen, wer denn für diesen Zustand verantwortlich zu machen ist.

Im aktuellen Sprachgebrauch wird mit fragiler Staatlichkeit eine breite Spanne von Beispielen institutionellen Versagens beschrieben (siehe Abb. 1, vgl.

² Dieser Abschnitt stammt aus einem längeren Aufsatz zum Konzept fragiler Staatlichkeit, der unter dem Titel „Fragile Staatlichkeit: Begriffe, Theorien und politische Diskurse“ in Günter Meyer/Wolfgang Muno (Hrsg.): *Staatlichkeit in der Dritten Welt* (Mainz 2012) erscheint. Die Herausgeber haben freundlicherweise dem Abdruck zugestimmt.

³ Es gab in der Vergleichenden Politikwissenschaft, insbesondere in der Politischen Entwicklungsforschung bereits seit den 1960er Jahren Arbeiten, die die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen thematisierten (z. B. Huntington 1969, Myrdal 1968, Nordlinger 1987, Migdal 1988). Die neuere Fragilitätsforschung rezipiert diese früheren Ansätze jedoch nur ungenügend, zumal sie in einer anderen Subdisziplin der Politikwissenschaft, nämlich den Internationalen Beziehungen, beheimatet ist.



mit teils abweichenden Terminologien Debiel/Reinhardt 2004; Erdmann 2003; Mair 1999; Rotberg 2004; Rüb 2003; Schneckener 2006b). Dazu gehören die zwar schwachen, aber zumindest noch teilweise funktionsfähigen Staaten ebenso wie die krisengeschüttelten, zerfallenden Staaten. Am Ende des Kontinuums von Staatlichkeit stehen die zerfallenen oder kollabierten Staaten, in denen die staatlichen Institutionen nahezu jede produktive Arbeit eingestellt haben. Die Punkte dieses Spektrums umfassen sehr unterschiedliche Gruppen von Staaten, z. B. haben wir nur 17 Fälle von Staatskollaps im Zeitraum 1960-2009 finden können (z. B. Libanon 1975-1989, Liberia 1990-1996, Somalia seit 1991). Demgegenüber weist die Mehrzahl der Staaten weltweit Anzeichen schwacher Staatlichkeit auf. Diese Gruppe ist weitgehend deckungsgleich mit der der Entwicklungs- und Schwellenländer, aber auch manche OECD-Staaten wie Mexiko sind davon betroffen. Andere Schätzungen bewegen sich irgendwo zwischen diesen Endpunkten. Beispielsweise sprach die Weltbank 2005 von 25 fragilen Staaten („Low Income Countries Under Stress“ im damaligen Sprachgebrauch der Bank, vgl. World Bank Independent Evaluation Group 2006: 4). Im selben Jahr listete das britische Department for International Development (DfID) 46 Länder auf, die nach seiner Definition als fragil einzustufen seien (DfID 2005: 27-28).

Abbildung 1: Das Kontinuum von Staatlichkeit



Quelle: Eigene Darstellung.

Ein derartiges Kontinuum braucht einen Referenzpunkt, an dem es sich orientiert. Am positiven Ende sind dies Idealtypen des modernen Staates, an denen sich sowohl die konsolidierten als auch die fragilen Staaten messen lassen. Ein Idealtyp ist nach Max Weber ein Grenzbegriff – ein gedankliches Konstrukt mit Eigenschaften, die für einen Gegenstand paradigmatisch sind (Weber 1968: 190). Idealtypen werden insbesondere zur Definition von Dingen und ihrer trennscharfen Unterscheidung von anderen Begriffen verwendet. Dass reale Ausdrücke eines idealtypischen Gegenstands immer in mehr oder weniger großem Maße von diesem abweichen, ist dabei kein Problem, sondern in der Logik des Idealtyps bereits immanent. Daher weisen letztlich alle realen Staaten – selbst die konsolidierten Staatswesen des globalen Nordens – Defizite im Vergleich zum Idealtyp auf. Die interessante Frage ist daher nicht, *ob* Defizite auftreten, sondern in welchen Punkten und in welchem Ausmaß diese zu finden sind.



In der Forschung zu fragiler Staatlichkeit werden zwei verschiedene Idealtypen verwendet, die man ideengeschichtlich – etwas vereinfacht – Max Weber und John Locke zuordnen kann (hier folgen wir der Argumentation von Eriksen 2011). Weber definierte den Staat über die Instrumente und Eigenschaften von Herrschaft: „Es ist nicht möglich, einen politischen Verband – auch nicht: den 'Staat' – durch Angaben des Zweckes seines Verbandshandelns zu definieren. Von der Nahrungsfürsorge bis zur Kunstprotektion hat es keinen Zweck gegeben, den politische Verbände nicht gelegentlich, von der persönlichen Sicherheitsgarantie bis zur Rechtsprechung keinen, den alle politischen Verbände verfolgt hätten“ (Weber 1972: 31). Der idealtypische Staat Webers zeichnet sich dadurch aus, dass er ein legitimes Monopol über die Gewaltmittel besitzt, mit dem er Anordnungen seiner Leitung sowie seines Verwaltungsstabs innerhalb eines bestimmten Territoriums durchsetzt (Weber 1972: 29).

Demgegenüber wird in einem liberalen, auf John Locke aufbauenden Ansatz der Staat über genau diese Funktionen, Ziele und Leistungen definiert, die Weber als Definitionsmerkmal kategorisch ablehnt. Danach sollen Staaten bestimmte öffentliche Güter bereitstellen, wie z. B. die öffentliche Sicherheit, den Schutz von Eigentumsrechten, die Rechtsaufsicht sowie weitere Aufgaben übernehmen, die über Märkte nicht oder nur sehr ineffizient erledigt werden können. Je nach Sichtweise umfasst dies auch gewisse Wohlfahrtsleistungen wie soziale Absicherung, Gesundheits- oder Bildungsangebote sowie demokratische Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten.⁴

Eriksen (2011) weist zu Recht darauf hin, dass die Lockesche Perspektive mehrere analytische Probleme aufweist. Erstens bezieht sie eine normative Position darüber, welche Aufgaben ein Staat übernehmen *sollte*. Dies führt zweitens dazu, dass sie als Definition nur auf einen bestimmten Sonderfall des Staates, nämlich den modernen Wohlfahrtsstaat in einer Industriegesellschaft anwendbar ist. Daraus ergibt sich drittens, dass der Lockesche Idealtyp noch weiter von der Realität von Staatlichkeit im globalen Süden entfernt ist als das bereits sehr anspruchsvolle Konzept von Weber. Viertens werden dadurch Staaten als defizitär bzw. fragil eingeordnet, die bestimmte Aufgabenbereiche *bewusst* nicht erfüllen, z. B. im Bereich öffentlicher Wohlfahrt. Nicht zuletzt haben derartige Ansätze oft eine eindeutige Präferenz für demokratische Staatsmodelle, indem sie Rechtstaatlichkeit und Partizipation zu den Definitionselementen eines Staates zählen, obwohl es auch durchaus funktionsfähige Staaten mit autoritären Regierungen gibt (Bethke 2012).

Auch der Webersche Ansatz hat seine Schwächen, die insbesondere im unklaren Stellenwert von Legitimität in seinem Staatskonzept liegen. Legitimität ist ein komplexer Begriff, innerhalb dessen es Abstufungen gibt und der zudem kaum empirisch messbar ist. Insofern ist es problematisch, die Definition des Staates an die Legitimität seiner Gewaltkontrolle zu binden (Lambach 2008: 18-42). Weber selbst vertritt hier keine einheitliche Position: Zwar ist Legitimität Bestandteil des staatlichen Monopols des „legitimen physischen Zwangs“

⁴ Zu den Arbeiten, die eine Lockesche Perspektive verwenden, gehören u. a. Rotberg 2004 und Schneckener 2006b.



(Weber 1972: 30), jedoch weist ihr Weber im weiteren Zusammenhang eher die Funktion eines Erfolgskriteriums zu. Anter (1996: 44, 64) fasst Webers Position hierzu wie folgt zusammen: Legitime Herrschaft brauche Gewalt, um sich durchzusetzen, und Gewalt brauche Legitimität, um als gültig anerkannt zu werden. Eine dauerhafte Herrschaft sei ohne Legitimitätsgrundlage letztlich unmöglich und die Legitimität einer Herrschaft beeinflusse deren Erfolgchancen entscheidend. Somit lässt sich das Hauptproblem eines Weberschen Idealtyps dadurch beheben, dass Legitimität nicht Bestandteil der Definition von „Staat“ wird, um diese als unabhängige Variable analysieren zu können. Letztlich beschränkt sich ein derartig „verschlankter“ Staatsbegriff dann auf relativ konkrete und gut beobachtbare Elemente: das Territorium, die Leitung, den Verwaltungsstab sowie die darin institutionalisierten Herrschaftsbeziehungen.

Die Tatsache, dass von verschiedenen AutorInnen unterschiedliche Staatskonzepte verwendet werden, wird nur selten offen diskutiert, geschweige denn problematisiert.⁵ Dies ist umso bedauerlicher, als daraus unterschiedliche Sichtweisen entstehen, anhand welcher Kriterien fragile Staatlichkeit gemessen werden sollte. In der jüngeren Debatte zu fragilen und zerfallenen Staaten werden daher auch vereinzelte Stimmen laut, die die Integration vieler unterschiedlicher Fälle und Phänomene in einem gemeinsamen Konzept kritisieren und sich für eine terminologische Neuausrichtung des Feldes aussprechen. In diese Richtung argumentiert insbesondere Call (2008), der das Konzept des „failed state“ (den er weitgehend synonym mit dem des fragilen Staates verwendet) für dessen analytische Unschärfe, politische Simplizität und normativen Ballast kritisiert. Als Alternative verweist er auf den Begriff des kollabierten Staates (der auf Zartman 1995 zurückgeht), da dieser sich auf die besonders dramatischen Fälle von Fragilität beschränkt – nach seiner eigenen Schätzung gibt es lediglich vier Fälle seit 1989, die seine Kriterien erfüllen (Somalia, Sowjetunion, Jugoslawien und Afghanistan, Call 2008: 1501). Eine solche terminologische Engführung würde auch den speziellen Fokus auf die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen erhalten, statt auf diffuse Krisensymptome verweisen, und damit auch Diskussionen über dessen Gehalt erleichtern (Call 2008: 1501; vgl. auch Ulfelder 2012).

In unserer eigenen Arbeit folgen wir diesem Ratschlag und konzentrieren uns auf Staatskollaps, den wir am extremen Ende des Fragilitätsspektrums (vgl. Abb. 1) ansiedeln. Wir verstehen Staatskollaps als einen Zustand, nicht als

⁵ Eriksen 2011 ist eine seltene Ausnahme. Vgl. auch Bertoli/Tizzi 2012 zur Differenzierung von Fragilitätskonzepten in der Entwicklungspolitik. Dennoch sollte man diese theoretischen Probleme nicht überbewerten, da die praktischen Konsequenzen für die Einordnung einzelner Staaten nicht allzu groß sind: Beide Ansätze kommen in der Regel zu vergleichbaren Ergebnissen, da die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen und die Qualität ihres *policy-output* eng miteinander korrelieren. So zeigen eine Reihe von Studien, dass fragile Staaten besonders schlechte Ergebnisse bei der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele verzeichnen (z. B. Bourguignon et al. 2010; Weltbank 2011).



einen Prozess – daher können Staaten auch unmittelbar nach ihrer Unabhängigkeit bereits kollabiert sein, wie es z. B. in Kongo-Kinshasa 1960 oder in Tadschikistan 1992 geschehen war. Wir verwenden dazu einen auf Weber aufbauenden, institutionalistischen Staatsbegriff. Staatlichkeit definieren wir idealtypisch über die Fähigkeit eines politischen Herrschaftsverbands, seinen Alleinanspruch auf a) Rechtsetzung, b) Gewaltkontrolle und c) Steuererhebung innerhalb eines gegebenen Territoriums durchzusetzen und aufrechtzuerhalten. Staaten gelten demnach als kollabiert, wenn sie in diesen drei Bereichen für mindestens sechs Monate keine oder nur noch sehr geringe Kapazitäten aufweisen (Lambach 2008: 54-56). Die genauen Indikatoren sind in Anhang 1 aufgeführt.

3. Übersicht über die Forschung

3.1 Forschungsfelder

Die Forschung zu fragilen, zerfallenden und kollabierten Staaten hat seit ihrer Entstehung Anfang der 1990er Jahre eine dramatische Ausweitung erlebt. Dabei standen insbesondere drei Aspekte im Vordergrund: 1) die Definition und begriffliche Reflexion des Gegenstands, 2) die Diskussion von dessen Auswirkungen sowie 3) der Identifikation von Handlungsoptionen für externe Akteure.

Der erste Strang war in der Anfangsphase der Forschung zu diesem Themengebiet (ca. 1992-2001) besonders dominant. Zu dieser Zeit wurde der Begriff des „Staatszerfalls“ bzw. des „failed state“ geprägt und viel über seine genaue Bedeutung debattiert (z. B. Gros 1996; Helman/Ratner 1992; Tetzlaff 1993; Widner 1995). Diese Ansätze verwenden als Maßstab in der Regel einen Weberschen Idealtyp des Staates. Es gibt jedoch Beiträge, die die Bindung der Forschung an westliche Staatskonzepte kritisieren. Sie fordern, die Forschung sollte sich an Realtypen anstelle von Idealtypen orientieren (insbesondere Migdal/Schlichte 2005), um zu erforschen, wie angesichts der Ineffektivität des formalen Staates *Governance*-Leistungen bereitgestellt werden können (Meagher 2012; Raeymakers/Menkhaus/Vlassenroot 2008; von Trotha 2000; Clements et al. 2007; Chojnacki/Branović 2007; Risse 2012; Risse/Lehmkuhl 2007 und die weiteren Publikationen des Berliner Sonderforschungsbereichs 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“). Darüber hinaus findet auch eine Auseinandersetzung mit den verwendeten Begriffen selbst statt, wobei einzelne Beiträge deren Sinnhaftigkeit insgesamt anzweifeln (Call 2008; Hameiri 2007; Jones 2008; Schlichte 2005, 2006). Andere kritisieren deren Verwendung zur Legitimierung politischer oder militärischer Interventionen (z. B. Bilgin/Morton 2002, 2004; Bourne 2011; Schlichte 2008). Ferner lehnen postkoloniale Beiträge die verbreitete Anwendung von Kategorien der Fragilität auf afrikanische Staaten ab, da diese die historischen Besonderheiten afrikanischer Politik hinter einer universalistischen Konzeption von Staatlichkeit verbergen (Hill 2005, 2009; Notshulwana 2011; Wai 2012).

Der zweite Hauptstrang befasst sich mit den Auswirkungen fragiler Staatlichkeit. Hier steht insbesondere die Frage im Mittelpunkt, inwieweit fragile



Staaten als Operationsbasis für terroristische Gruppen, Piraten und organisierte Kriminalität dienen (z. B. Gros 2003; Hastings 2009; James 2012; Newman 2007; Menkhaus/Shapiro 2010; Patrick 2006, 2007; Piazza 2007, 2008; Schneckener 2003, 2004; Simons/Tucker 2007). Darüber hinaus werden die Konsequenzen für das Völkerrecht diskutiert, da zerfallende und kollabierte Staaten das fundamentale Prinzip staatlicher Souveränität in Frage stellen (z. B. Delbrück 2001; Geiss 2005; Herdegen 1995; Kreijen 2004; Thürer 1999). Weiterhin werden gewalttätige Konflikte und Bürgerkriege als Folge fragiler Staatlichkeit (z. B. Bussmann 2009; Fearon/Laitin 2003; Hegre et al. 2001; Jackson 2001) sowie die Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit der Zivilbevölkerung thematisiert (z. B. Andersen et al. 2007; Englehart 2009; Kurtulus 2012; Reno 2004; Trefon 2004). Nicht zuletzt gibt es eine weitreichende Literatur, die den Einfluss von Fragilität auf wirtschaftliche Entwicklung untersucht (z. B. Bertocchi/Guerzoni 2010; Chauvet/Collier 2008).

Der dritte und umfassendste Strang ist die Erforschung von Handlungsoptionen für externe Akteure im Umgang mit fragilen Staaten. Die sicherheitspolitische Behandlung zerfallender Staaten ist bereits seit den Anfängen des Forschungsfelds ein zentrales Anliegen der Literatur (vgl. exemplarisch Crocker 2003; Helman/Ratner 1992; Herbst 1996; Krasner/Pascual 2005; Rondos 1994; Spanger 2002). Dazu gehört vor allem die Frage, unter welchen Umständen und mit welchen Mitteln Interventionen in fragilen Staaten unternommen werden können und dürfen (z. B. Ehrhart 2004; Ignatieff 2002, 2003; Loges/Menzel 2004; Mair 2000, 2004; Spanger 2005). Seit gut einem Jahrzehnt beschäftigt sich auch die Entwicklungspolitik mit dem Thema und sucht nach Strategien, wie Entwicklungszusammenarbeit unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit betrieben werden kann (einen Überblick über die Literatur bieten Debiel/Lambach/Reinhardt 2007, aktuell Hout 2010; Manning/Trzeciak-Duval 2010; Weltbank 2011). Nicht zuletzt aufgrund der Nachfrage aus der politischen Praxis nach Lösungsoptionen hat die einschlägige Forschung oft einen politikberatenden, problemlösenden Ansatz, der teils bis zur Ausarbeitung konkreter Politiken und Reformpakete verfolgt wird (vgl. exemplarisch Heilbrunn 2006; Herbst 2004; Klemp/Poeschke 2005; Krasner/Pascual 2005). Konkret führte dies unter anderem zu einer umfangreichen Literatur zum Aufbau von Staatlichkeit (*state-building*, vgl. dazu exemplarisch Fukuyama 2004; Paris 2004; Schneckener 2006c).

3.2 Politisch-wissenschaftliche Diskurse

Fragile Staaten wären höchstwahrscheinlich ein Nischenthema geblieben, hätte es die Terroranschläge des 11. September 2001 nicht gegeben. Davor war fragile Staatlichkeit in erster Linie ein entwicklungspolitisches oder humanitäres Problem – auch wenn von Beginn an darauf verwiesen wurde, dass die Folgen von Staatszerfall z. B. durch Flüchtlingsströme oder Verbreitung von Kleinwaffen die Interessen von Industrienationen berühren könnten (Helman/Ratner 1992). Der 11. September sorgte dafür, dass fragile Staaten nicht mehr nur als Bedrohung westlicher *Interessen*, sondern westlicher *Sicherheit* wahrgenommen wurden (Lambach 2006). Aufgrund des Fallbeispiels Afghanistan wurden fragile Staaten pauschal als potenzielle Operationsbasen terroristischer Gruppen angesehen. Seither spielen fragile Staaten eine wichtige und nicht unprob-



lematische Rolle in Diskursen über entwicklungs- und sicherheitspolitischen Interventionen in Krisenländern.

Dabei sind die politischen und wissenschaftlichen Debatten zum Thema eng miteinander verwoben (Lambach 2011). Nachdem bereits die Anfangsphase der entsprechenden Forschung durch politisch-praktische Erwägungen motiviert gewesen war, erzeugte die Wissenschaft bald eigene Erkenntnisse, die wiederum durch die Politik rezipiert wurden. Ende der 1990er Jahre wurde das Thema allmählich von der Entwicklungspolitik aufgegriffen (Debiel/Lambach/Reinhardt 2007). Nach den Terroranschlägen 2001 entdeckte auch die Sicherheitspolitik das Thema fragile Staatlichkeit. Dieses Interesse hatte jedoch wiederum Folgen für die Wissenschaft; so kam u. a. eine schwunghafte Forschung über die Zusammenhänge von Fragilität und Terrorismus in Gang. Befeuert durch die Aussicht auf Forschungsgelder und öffentliche Sichtbarkeit nahmen viele Forscherinnen und Forscher die Problemdefinition aus der Politik auf und produzierten klassisch politikberatende Forschungsergebnisse.

Diese enge Verschränkung von Wissenschaft und Praxis hat Vorteile, aber auch Risiken. Auf der Seite der Vorteile kann man argumentieren, dass Wissenschaft eine gesellschaftliche Relevanz haben sollte und sich daher mit realweltlichen Problemen und deren Lösung befassen müsse. Weiterhin eröffnet der Dialog mit der Praxis auch Türen, durch die WissenschaftlerInnen Einblicke in die Strukturen politischer Entscheidungsfindung erhalten. Die Risiken sind jedoch unübersehbar: Hughes und Pupavac (2005) kritisieren, der Diskurs über fragile Staaten sei Teil einer generellen „Pathologisierung“ armer und benachteiligter Länder im internationalen System. Danach wird den jeweiligen Gesellschaften selbst die Schuld für das Scheitern des Staates gegeben, während externes Eingreifen als funktional und hilfreich präsentiert werde. Somit diene der Diskurs über fragile Staaten weniger der Analyse von Krisen des Staatswesens, sondern der Legitimierung unbegrenzter externer Intervention. Indem fragile Staaten primär als Sicherheitsproblem der Industrieländer dargestellt werden, werden diese Staaten als Quellen von Unsicherheit stigmatisiert. Diese Kritik, die auch von anderen AutorInnen in ähnlicher Form vorgebracht wird (Bilgin/Morton 2002, Hill 2005), wirft dem wissenschaftlichen ebenso wie dem politischen Diskurs über fragile Staaten vor, dass dieser – ob nun bewusst oder unbewusst – der Vorbereitung und Legitimation von politischen, wirtschaftlichen, militärischen oder humanitären Interventionen diene.

Daraus folgern manche Autoren, dass man das Konzept ganz aufgeben solle, da es inzwischen normativ zu sehr belastet sei (Call 2008, Hameiri 2007). Wir halten diesen Schritt jedoch für überzogen. Sicherlich kann man den wissenschaftlichen Diskurs über fragile Staatlichkeit nicht aus politischen Kommunikationszusammenhängen heraushalten, dies gilt jedoch ebenso für andere, nicht weniger umstrittene Begriffe wie „Sicherheit“, „Entwicklung“ oder „Demokratie“. Würde die Wissenschaft jeden dieser Begriffe aufgeben, sobald dessen Missbrauch für politische Zwecke droht, so würde sie am Ende zwar politisch rein, jedoch vollkommen sprachlos dastehen. Fragile Staatlichkeit ist auch deshalb ein wertvolles Konzept, weil es ein reales empirisches Problem beschreibt – dass staatliche Institutionen in vielen Ländern nicht so funktionieren, wie es Bürger, Eliten und die internationale Gemeinschaft erwarten –, für das es sonst kein angemessenes Vokabular gibt. Wir plädieren daher für einen



angemessenen Umgang mit dem Fragilitätsbegriff, der sich der politischen Dimensionen der Diskussion bewusst ist und der die sonst impliziten normativen Konnotationen und teleologischen Annahmen des Konzepts explizit behandelt.

4. Stand der Ursachenforschung

Von Einzelarbeiten abgesehen gibt es erst seit kurzem Ansätze einer systematischen Erforschung der Ursachen fragiler, zerfallender oder kollabierter Staatlichkeit (z. B. Bates 2008a; Carment et al. 2008; Englehart 2007; Iqbal/Starr 2007; Schneckener 2006a). Diese Beiträge beleuchten teils unterschiedliche Ausschnitte des Fragilitätsspektrums. So konzentrieren sich z. B. Englehart (2007) auf kollabierte Staaten, Iqbal und Starr (2007) dagegen auf zerfallene Staaten, während der von Schneckener herausgegebene Sammelband (2006a) einen klaren Fokus auf schwache Staaten aufweist. Es ist jedoch sinnvoll, diese Ansätze als Teil desselben Forschungsfeldes zu behandeln, da alle von der (momentan noch unbewiesenen) Annahme ausgehen, dass die verschieden starken Ausprägungen staatlicher Fragilität lediglich Punkte auf demselben Kontinuum (vgl. Abb. 1) sind und dass sich ihre Erkenntnisse deshalb auch auf mehr oder weniger extreme Varianten von Fragilität übertragen lassen. Eine allzu feine Ausdifferenzierung ist auch deshalb nicht anzuraten, weil sich dann die wenigen Beiträge kaum noch in Beziehung zueinander bringen lassen würden.

Dieser recht überschaubaren Gruppe empirischer Beiträge steht eine große Zahl theoretischer und konzeptioneller Beiträge gegenüber, deren Annahmen und Behauptungen über die Ursachen von fragiler Staatlichkeit nur in kleinen Teilen systematisch überprüft worden sind. In dieser Literatur sind die folgenden Bündel von Hypothesen zu finden (vgl. im Detail Abschnitt 4.1):

1. Politische Faktoren: Neopatrimoniale, klientelistische und korrupte Praktiken des Regimes, kurz: schlechte Regierungsführung, höhlen den Staat von innen aus (Büttner 2004; Erdmann 2003; Rotberg 2004; Schneckener 2006c; Tetzlaff 2000). Dabei kann die Schwächung staatlicher Institutionen durchaus das Ziel des Regimes darstellen (Englehart 2007; Koehler/Zürcher 2004; Randeria 2003; Zürcher 2005). Eine Variante dieser These ist Renos Konzept des „Schattenstaats“ (Reno 1998, 2000). Es ist umstritten, in welchen Regimetypen derartige Praktiken besonders häufig vorkommen. Manche Beiträge vertreten die These, dass sich bestimmte autoritäre Regimeformen (insbesondere personalistische Regime) sehr zerstörerisch auf Staatlichkeit auswirken (Allen 1995; Englehart 2007; Gros 1996; Howard 2008; Kraxberger 2007). Andere gehen eher davon aus, dass hybride Regime tendenziell fragiler sind als andere Regimetypen (Carment et al. 2008; Iqbal/Starr 2007). Goldstone et al. (2005) sehen die Kombination von identitätsbasierter, partikularistischer Politik (Faktionalismus) und einem relativ offenen politischen Wettbewerb für besonders risikoreich. Dies bestätigt die Beobachtung von Lambach (2009) wonach die Eskalation von Machtkämpfen ebenfalls zu einem Kollaps des Staates führen kann.
2. Wirtschaftliche Faktoren: Geringere Staatseinnahmen z. B. durch nachlassende Exporteinnahmen verringern die Handlungsmöglichkeiten des Staa-



tes. Insbesondere in Regimen, die sich durch schlechte Regierungsführung auszeichnen, führt dies zu einem Konkurrenzkampf um die verbleibenden Renten (Allen 1999; Büttner 2004; Schneckener 2006c). Eine alternative Erklärung baut auf Theorien des „Ressourcenfluchs“ auf: Danach fehlen politischen Eliten aufgrund des einfachen Zugangs zu Renten die Anreize, staatliche Kapazitäten zur Erhebung von Steuern und Zöllen auszubauen (Bates 2005, 2008a; kritisch Basedau/Lay 2009). Derartige Staaten sind sehr verwundbar gegenüber Schwankungen der Weltmarktpreise (Debiel et al. 2005). Dies schließt an die umfangreiche Literatur zum Rentierstaat an (exemplarisch Beblawi/Luciani 1987; Beck 2007; DiJohn 2002).

3. Sozialstrukturelle und kulturelle Faktoren: Multiethnische Gesellschaften sind tendenziell schwieriger in einem gemeinsamen Staat zu integrieren. Das Risiko steigt insbesondere dann, wenn der Staatsapparat von einer ethnischen Minderheit kontrolliert wird (Bates 2008a; Hentz 2004; Schneckener 2006c). Auch ein hoher Anteil Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung (Schneckener 2006c, skeptisch Goldstone et al. 2005) und eine hohe Bevölkerungsdichte (Goldstone et al. 2000) erhöhen das Risiko innergesellschaftlicher Konflikte und damit eines Staatszerfalls. Weiterhin gibt es die These, dass viele Staaten unter ihrem kolonialen bzw. imperialen Erbe leiden, da es in ihren Gesellschaften keine einheitliche „Idee des Staates“ (Buzan 1991) gibt. Aus demselben Grund sind auch oft die staatlichen Institutionen nicht in der Gesellschaft verankert (Englebert 1997; Hyden 1983) und können sich daher nicht gegen nicht-staatliche Autoritäten durchsetzen (Akude 2006; Clapham 2004; Spanger 2002; Tetzlaff 2000; von Trotha 2000).
4. Internationale und regionale Faktoren: Da klientelistische Regime von einem kontinuierlichen Zustrom von Renten abhängig sind, gerieten sie mit dem Ende des Ost-West-Konflikts in schweres Fahrwasser, als die Supermächte ihre Zahlungen drastisch reduzierten (Clapham 2002; Crocker 2003; Doornbos 2002; Menzel 2001). Ein systemisches Argument lautet, dass das Nachlassen internationaler Bedrohungen Herrscher aus der Verantwortung entlässt, die institutionellen Kapazitäten ihres Staates weiter auszubauen (Desch 1996; Lektzian/Prins 2008). Weiterhin sollen schwache Staaten durch die Globalisierung an Steuerungsfähigkeit verlieren (Clapham 1998; Doornbos 2002; Woodward 1999). Im Gegensatz dazu behaupten jedoch andere Studien, dass eine größere volkswirtschaftliche Integration in die Weltwirtschaft das Zerfallsrisiko senkt (Bates et al. 2003; Goldstone et al. 2005). Dennoch wird den in den 1980er Jahren von IWF und Weltbank verlangten Strukturanpassungsprogrammen oft vorgeworfen, sie hätten letztlich zu einer weiteren Schwächung fragiler Staaten geführt (Clapham 2002; Hippler 2005; Ruf 2003; Spanger 2007; van de Walle 2004). Eine Erklärung für diese unterschiedlichen Annahmen könnte sein, dass Handelsoffenheit *per se* stabilisierend wirkt, jedoch die Verlierer von Liberalisierungsprozessen sehr unzufrieden mit den Auswirkungen der Globalisierung sein können (Bussmann/Schneider 2007; Bussmann et al. 2005). Nicht zuletzt können auch Konflikte und fragile Staatlichkeit in Nachbarstaaten durch Diffusions- und Ansteckungsprozesse das Zer-

fallsrisiko erhöhen (Hentz 2004; Howard 2008; Lambach 2008; Schneckener 2006c; Wolff 2011).

4.1 Hypothesen

Innerhalb dieser vier Bündel lässt sich eine Vielzahl von Hypothesen ausmachen. Manche von diesen sind theoretisch plausibel und durch empirisches Material gestützt. Dazu gehört beispielsweise Engleharts (2007) Modell eines „selbsterstörerischen Despotismus“, also der gezielten Demontage staatlicher Institutionen durch Regime-Insider. Er entwickelt dieses Modell anhand von Fallstudien zum Barre-Regime in Somalia (1969-1991) sowie zu den verschiedenen afghanischen Regierungen zwischen 1978 und 1992. In diesen Fällen unterminierten Regierungen die Bürokratie und die staatlichen Sicherheitskräfte, um Einschränkungen ihrer Kompetenzen zu beseitigen und Machtbasen potenzieller Rivalen zu schwächen. Dies geschieht zum Beispiel durch die Besetzung von Führungspositionen durch Günstlinge des Regimes oder durch den Entzug von Ressourcen, der Beamte zur Korruption zwingt, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Diese Perspektive wird durch andere Beiträge unterstützt, die das produktive Potenzial von Unordnung für die Machthaber hervorheben (Bayart/Ellis/Hibou 1998; Chabal/Daloz 1999). Auch Lambachs (2009) Modell einer Fragmentierung des politischen Systems beruht auf einer soliden empirischen Grundlage und wurde mit Fallstudien zu Tadschikistan und dem Libanon illustriert.

Demgegenüber gibt es mehrere Hypothesen, deren unmittelbare Stichhaltigkeit zweifelhaft erscheint. Insbesondere strukturelle Variablen wie Bevölkerungsdichte, Jugendanteil, die Handelsoffenheit oder die Wirtschaftsstruktur haben – wenn überhaupt – höchstens einen mittelbaren Einfluss auf das Zustandekommen von Staatskollaps. Entscheidender erscheint uns die Frage, wie diese Rahmenbedingungen und das darin enthaltene Konfliktpotenzial politisch reguliert werden. Exemplarisch kann man dies für den Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung verdeutlichen: Kein Staat kollabiert, bloß weil seine Bevölkerung einen hohen Anteil von Jugendlichen aufweist. Ergänzt man diese Ausgangsbedingung um mangelnde Bildungs-, Erwerbs- und Aufstiegschancen kann sich soziale Unzufriedenheit herausbilden. Wenn die unzufriedenen Jugendlichen außerdem über eine kollektive Identität verfügen und sich Organisationsstrukturen schaffen, können sie für politisches Handeln mobilisiert werden. Je nachdem, in welchem politischen System (autoritär, demokratisch etc.) und in welcher Akteurskonstellation dies geschieht, können derartige Jugendliche zu einer Keimzelle der Opposition werden, sich bewaffneten Gruppen anschließen oder eventuell sogar vom Regime selbst instrumentalisiert werden. Und selbst wenn sich die Jugendlichen gegen das Regime stellen, ist es von dort immer noch ein weiter Weg bis zu einem völligen Staatskollaps.

Dieses Beispiel verdeutlicht, dass strukturelle Variablen nur einen höchst indirekten Einfluss haben und immer nur dann wirkmächtig werden, wenn eine Reihe weiterer, begünstigender Einflussfaktoren vorhanden sind. Naheliegender und vielversprechender sind diejenigen Faktoren, die den politischen Umgang mit derartigen Strukturen beschreiben, z. B. ob eine Regierung unzufriedene Jugendliche in inoffizielle Streitkräfte rekrutiert und so ihre eigenen





Sicherheitsorgane untergräbt sowie zu einer Militarisierung der Politik beiträgt. Ein gutes Beispiel sind die *Jeunes Patriotes*, die das ivoirische Regime Laurent Gbagbos nach dem gescheiterten Militärputsch 2002 aufstellte. Dabei handelte es sich um wenig mehr als Jugendbanden, die um liberianische und sierraleonische Kriegsveteranen verstärkt waren. Sie standen der Regierungspartei nahe und dienten dem Regime als Mittel zur Einschüchterung von Oppositionellen und zur Durchführung von Hetzkampagnen. Nachdem das Regime infolge des Putsches nur noch geringes Vertrauen in das verbliebene Militär hatte, stützte sich Gbagbos Herrschaft in den Folgejahren zunehmend auf die *Jeunes Patriotes*, was zu einer deutlichen Deinstitutionalisierung des ohnehin geschwächten ivoirischen Staates beitrug.

4.1.1 Politische Faktoren

Viele Forscher suchen die Kernursachen für Staatszerfall in innerstaatlichen Faktoren. Neben strukturellen Bedingungen wie der Existenz leicht auszubeherrschender Ressourcen oder demographischer Faktoren werden in der Forschung insbesondere spezifische Formen politischer Steuerung als Ursachen von Staatszerfall diskutiert.

Neopatrimonialismus, Klientelismus, Korruption

Die Faktoren Neopatrimonialismus, Klientelismus und Korruption beschreiben einen bestimmten Politikstil bzw. eine Form der politischen Steuerung, welche von vielen Forschern als ursächlich für Staatszerfall interpretiert wird. Den Faktoren ist gemein, dass sie zu einem Legitimationsverlust der herrschenden Eliten und der staatlichen Organe führen, was langfristig zum Staatszerfall führt (Erdmann 2003: 272; Rotberg 2002: 128).

Der Begriff des Neopatrimonialismus geht auf den von Max Weber geprägten Begriff des Patrimonialismus zurück (Weber 1972: 133-136). Im Patrimonialismus sind im Gegensatz zur rational-bürokratischen Herrschaft alle politischen und administrativen Herrschaftsbeziehungen persönliche Beziehungen. Patrimoniale Herrschaft ist bestimmt durch informelle, personenbezogene Handlungsabläufe und Mittelzuweisung. Es fehlt eine Differenzierung zwischen privater und öffentlicher Sphäre. Neopatrimonialismus meint dagegen eine Mischform aus rationaler und personenbezogener Herrschaft: „Neopatrimonialismus (in Anlehnung an die Typologie von Max Weber) heißt, dass die Machtausübung des Herrschers durch alle gesellschaftlichen Ebenen hindurch personalisiert und der Zugang zu ihr monopolisiert ist“ (Tetzlaff 2000: 13-14). Der öffentliche Bereich wird in informeller Privatisierung zur Akkumulation privaten Reichtums genutzt. Formal wird zwar zwischen Privatem und Öffentlichem unterschieden, allerdings existieren in der Praxis informelle Praktiken wobei die formale, öffentliche Sphäre langfristig durch patrimoniale Praktiken deformiert wird.

Wesentliche Elemente neopatrimonialer Herrschaft sind Korruption und Klientelismus. Korruption meint eine Form der Selbstbereicherung durch Verwaltungsbeamte und politische Eliten, indem die formelle öffentliche Stellung durch das informelle Gewähren von Vergünstigungen zum eigenen Profit



eingesetzt wird. Korruption schwächt die Funktionsweise des staatlichen Apparates und widerlegt das Bild des Staates als neutraler Instanz. Dadurch schwindet die Legitimation der politischen Führung in der Bevölkerung, der Widerstand wächst und der Staat zerfällt (Büttner 2004: 63, 65, 233-234; Englehart 2007: 145).

Als Klientelismus wird ein System asymmetrischer Abhängigkeits-Beziehungen zwischen einflussreichen Patronen und ihren Klienten bezeichnet. Die Beziehung zwischen Patron und Klient besteht im Tausch von Vergünstigungen zur Befriedigung beiderseitiger Interessen. Der Patron gewährt dabei dem Klienten Schutz oder Vergünstigungen und der Klient liefert im Gegenzug (politische) Unterstützung bzw. Gefolgschaft. Klientelismus ist dabei als Folge der Willkür und Unsicherheit zu verstehen, die in neopatrimonialen Regimen vorherrscht. Gleichzeitig trägt Klientelismus jedoch auch zur Reproduktion dieser Unsicherheit bei (Hicken 2011).

Korruption unterscheidet sich von Klientelismus durch die Richtung der Tauschbeziehung. Im Klientelismus leistet der Klient politische Unterstützung und wird dafür vom Patron entlohnt. Im Fall der Korruption dagegen empfängt der Bürokrat das Bestechungsgeld und gewährt dafür Vergünstigungen. Korruption dient vornehmlich der Selbstbereicherung, Klientelismus dagegen dem Erhalt von Macht.

Prinzipiell ließe sich für jeden dieser Faktoren (Neopatrimonialismus, Korruption, Klientelismus) eine eigene kausale Hypothese aufstellen. Da sich die einzelnen Konzepte in der Praxis stark überlappen und nur schwer zu beobachten bzw. zu messen sind (und somit kaum geeignete Daten vorliegen), wird zumeist versucht, noch konkretere Verfallsdynamiken zu identifizieren, die im Kontext neopatrimonialer, klientelistischer und korrupter Systeme auftreten. Ulrich Schneckener hebt beispielsweise die Dynamik von *bad governance* hervor, bei der die Unfähigkeit oder eigennützige Politik der herrschenden Eliten als Hauptursache für Staatszerfall gilt. Die herrschenden Eliten sind nicht nur unfähig, bestehende Probleme und Krisen zu lösen, sondern sind teilweise selbst die Verursacher oder tragen zumindest zur Verschärfung der Situation bei. Autoritäre Strukturen, politische Repression, Klientelismus, Korruption und Missmanagement sind die wichtigsten Auslöser dieser Dynamik (Schneckener 2006c: 358-360).

Gezielte Demontage staatlicher Institutionen

Englehart (2007) formulierte das Modell eines Staatskollaps, den politische Eliten durch die gezielte Demontage staatlicher Institutionen herbeiführen. Im Zentrum seines Modells steht eine Regierung, die nach der Absicherung ihrer Macht strebt. Wenn diese Regierung über keine ausreichende Basis in der Bevölkerung verfügt, versucht sie, alternative Machtzentren wie die Armee, die Polizei oder die Verwaltung entweder zu kontrollieren oder zu zerstören (Englehart 2007: 148, auch Migdal 1988). Dies geschieht auf zwei unterschiedlichen, wenn auch miteinander verbundenen Wegen: durch die Zerstörung der legal-rationalen bürokratischen Infrastruktur sowie durch die Erosion des Gewaltmonopols. Wenn die Regierung die Bürokratie als ein Hindernis für ihr politi-



sches Überleben ansieht, weil diese z. B. patrimoniale Praktiken des Regimes blockiert, kann sie die Beamtgehälter kürzen bzw. deren Zahlung aussetzen:

„Often these regimes aggressively purge the civil service, eliminating competent, experienced bureaucrats to deprive them of an institutional base from which to oppose or hamper government policy. These governments frequently secure control over the civil service by appointing loyalists to key positions, in a strategy similar to the nomenklatura system of socialist governments. As with the nomenklatura system, these appointees are frequently not qualified technically for the jobs to which they are appointed, and further reduce the efficiency of the organization by hampering free communication between its members“ (Englehart 2007: 145).

Das Gewaltmonopol kann auf verschiedene Weisen geschwächt werden. Eine offensichtliche Möglichkeit ist die Korrumpierung und Politisierung der Sicherheitskräfte, um sie unter die Kontrolle der Regierung zu bringen. Oft stellen autoritäre Herrscher außerdem paramilitärische Kräfte außerhalb des formellen Staatsapparats auf, um ein zusätzliches und verlässliches Gewaltpotenzial zu schaffen, auf das sie persönlich zurückgreifen können (Frisch 2002). Manche Regierungen geben sogar Waffen an oppositionelle Gruppen aus, um dadurch die Gegenseite zu spalten und Fraktionskämpfe zu schüren (Englehart 2007: 147-148).

Die Zerstörung staatlicher Institutionen geschieht also durch eine Reihe von Praktiken, die auch als Indikatoren für Engleharts Modell verwendet werden können: 1. die Aushöhlung der Verwaltung, z. B. durch die Nichtzahlung von Beamtgehältern, 2. die Schwächung des Gewaltmonopols, z. B. durch die Aufstellung paramilitärischer Einheiten, 3. die Zweckentfremdung oder Aneignung staatlicher Ressourcen durch die Elite, 4. die Personalisierung staatlicher Ämter sowie 5. die Zerstörung alternativer Machtzentren. Dabei verweist Englehart zurecht darauf, dass selbst ein auf diese Weisen geschwächter Staat noch lange erhalten bleiben kann: „As with attacks on the civil service, the erosion of the control of violence may be stable under some circumstances, but under certain conditions it can trigger a downward spiral into collapse“ (Englehart 2007: 147).

Der Schattenstaat

Neben Englehart heben auch weitere Beiträge die Zerstörung staatlicher Institutionen durch Mitglieder des herrschenden Regimes hervor. So beschreibt das Konzept des Schattenstaates (*shadow state*) von Reno (2000) eine personenbezogene, klientelistische Politikformation, die außerhalb des formalen Staatsapparates besteht. Sie ist in Form einer Pyramide organisiert, an deren Spitze das Staatsoberhaupt und dessen engste Vertraute stehen. Unterhalb der Spitze existieren mehrere, breiter werdende Ebenen: Die Träger staatlicher Ämter, Politiker und gesellschaftliche *strongmen* stehen im oberen Bereich, kleine Geschäftsleute, Funktionäre und einfache Bürger im unteren Bereich. Zwischen den Ebenen existieren quasi-feudale Beziehungen zwischen Patronen und Klienten.

Der Schattenstaat dient der Produktion politischer Loyalität: Der Patron erkaufte sich die Gefolgschaft des Klienten durch seine Protektion und Gunst, d.h. indem er ihm wirtschaftliche, politische oder soziale Vorteile verschafft. Um das gesamte, baumartige Netzwerk mit den notwendigen Ressourcen auszu-

statten, werden immer mehr Mittel aus dem formellen Staatsapparat abgezogen und zum Unterhalt des Schattenstaates verwendet.

Am Ende dieser Entwicklung steht einem voll ausgebildeten Schattenstaat ein ausgehöhlter formeller Staat gegenüber, der nur noch als Fassade für die tatsächlichen Machtstrukturen dient. Die juristische Staatlichkeit ist jedoch für die Funktionsweise des Schattenstaates essentiell. Durch sie erhält der Staat internationale Hilfszahlungen und kann auf den Weltmärkten Rohstoffe verkaufen und Abbaukonzessionen vergeben. Die aus diesen Aktivitäten erzielten Renten stellen die zentrale Einnahmequelle für den Schattenstaat dar, da sie direkt an die politische Zentrale gezahlt werden, von wo sie in den Schattenstaat fließen. Auf diesem Wege führt die Ausweitung des Schattenstaates zu einem Rückgang formalstaatlicher Leistungen und dadurch zu einem Verlust an staatlicher Legitimität, was wiederum den Staat als Ganzes untergräbt.

Die Stabilität des Schattenstaates hängt von einem stetigen Zufluss an Renten ab, um die in der Struktur verbundenen Interessen zusammenzuhalten. Können diese nicht mehr ausreichend bedient werden, entstehen politische Fliehkräfte, die den Schattenstaat zerreißen und das Regime seiner letzten Institution berauben, über die es noch politische Herrschaft durchsetzen konnte. Dem Zerfall des Staates folgt also nach einer gewissen Zeitspanne (die unter Umständen auch sehr lang sein kann, vgl. Reno 2000: 47) der Zerfall der schattenstaatlichen Struktur, die sich hinter der formalstaatlichen Fassade verbarg, was wiederum mit gewalttätigen Konflikten einhergeht. Ein Schattenstaat ist aufgrund seiner verborgenen Natur empirisch nicht einfach festzustellen, zeichnet sich jedoch durch gewisse Begleiterscheinungen aus. Zu diesen gehören eine auf persönlichen Bindungen basierende Rekrutierung von staatlichem Personal (aus Familie, Clan oder Ethnie), die Verwendung staatlicher Ressourcen für privatpolitische Ziele (in Form von Zahlungen an politische Klienten zur Produktion von Loyalität), Korruption, Veruntreuung und Unterschlagung staatlicher Mittel, ein sinkendes staatliches Angebot öffentlicher Güter sowie eine schlechte Bezahlung staatlicher Angestellter (Lehrer, Polizisten, Bürokraten). Schattenstaatlichkeit führt außerdem zu einer Rentenabhängigkeit des politischen Systems und geht oft mit einer lang andauernden Stabilität autoritärer Systeme bzw. einer langen Regierungszeit einzelner Personen sowie einer gewaltsamen Repression der Opposition einher.

Reno hat das Konzept des Schattenstaates anhand seiner Beobachtung verschiedener Regime in Westafrika entwickelt. Ein typisches Beispiel ist das Regime von Siaka Stevens, der zwischen 1967 und 1985 in Sierra Leone herrschte. Zunächst demokratisch gewählt, installierte Stevens während der 1970er Jahre ein Einparteiensystem, in dem ihm nahezu unbegrenzte Kompetenzen zufielen. Das widerspenstige Militär brachte er unter seine Kontrolle, indem er Führungspositionen systematisch mit Parteiloyalisten aus seiner Heimatregion besetzte. Politische Gegner wurden ins Parlament berufen, um sie ins Patronagenetzwerk des Regimes einzubeziehen und somit gefügig und erpressbar zu machen. Stevens stilisierte sich als „Pa Siakie“, den Vater der Nation. Finanziert wurde seine Herrschaft durch den Diamantenabbau. Stevens hatte einem Netzwerk libanesischer Händler geholfen, die Kontrolle über diesen Abbau zu gewinnen, und erhielt dafür die notwendigen Ressourcen, um seine Herrschaft abzusichern. Angesichts einer sich verschlimmernden Wirtschaftskrise übergab





Stevens 1985 die Amtsgeschäfte eines völlig handlungsunfähigen Staatswesens an Joseph Momoh, seinen Armeechef, behielt jedoch die Kontrolle über das Diamantengeschäft für sich. Momoh versuchte gleichzeitig, Stevens' Schattenstaat durch einen eigenen zu ersetzen und den Staatsapparat durch eine IWF-verordnete Austeritätspolitik wieder handlungsfähig zu machen, ohne dabei seine eigenen Privilegien zu gefährden. Dieser Drahtseilakt scheiterte, was eine der Hauptursachen für die dramatische Entwicklung des sierra-leonischen Bürgerkrieges (1991-2001) war.

Fragmentierung des politischen Systems durch Eskalation von Machtkämpfen

Ein alternatives Erklärungsmodell von Lambach (2009) führt Staatskollaps auf die Eskalation von Machtkämpfen und die daraus resultierende Fragmentierung des politischen Systems zurück. Mit dem Begriff des Machtkampfes sind Konflikte zwischen politischen Kräften gemeint, die sich um die Frage der Verteilung bzw. des Zugangs zu staatlicher Macht drehen, entweder im Rahmen eines bestehenden Regimes oder im Versuch, das herrschende Regime durch ein anderes zu ersetzen. Die Dynamik dieser Machtkämpfe ist jedoch in der Hinsicht besonders, dass sich keine Partei bzw. keine stabile Koalition von Parteien durchsetzen und die Kontrolle über den Staat erringen kann.

Die Fragmentierung des politischen Systems hat drei notwendige Elemente. Das erste dieser Elemente ist die Polarisierung der politisch aktiven Gruppen. Polarisierung bedeutet eine Verschärfung der Gegensätze und eine Minimierung der Gemeinsamkeiten zwischen den Gruppen, sodass sich verfeindete Lager bilden. Das zweite Element, eine relativ gleiche Verteilung der Machtressourcen zwischen diesen Lagern, sorgt für eine politische Pattsituation. Eine derartige Situation ist inhärent instabil, da bei einer Gleichverteilung von Ressourcen schnell Informationsdefizite entstehen, die eine Partei ihre Position überschätzen lassen, was diese Gruppe zur Eskalation des Konflikts ermutigt. Das dritte und letzte Element ist die Militarisierung der Gruppen, die einen gewalttätigen Konflikt erst ermöglicht (Lambach 2009).

Diese Dynamik lässt sich gut am Beispiel des Libanon verdeutlichen. Die libanesische Gesellschaft war zwischen unzähligen Konfessionen gespalten, dennoch gelang es der politischen Elite zur Staatsgründung 1943 mit dem Nationalpakt einen großen Kompromiss zu schließen, der die Aufteilung aller wichtigen Ämter im Staat nach einem Proporzsystem regelte. Dieses System war stabil, aber auch unflexibel, und zerbrach 1975 vollständig. Der Libanon hatte bereits früher Machtkämpfe erlebt (z. B. 1958), nach denen die beteiligten Akteure jedoch immer wieder zum Konfessionalproporz des Nationalpaktes zurückkehrten. Die Situation änderte sich jedoch 1970, als die Führung der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO ihr Hauptquartier nach Beirut verlegte und dort durch ihre Kampfkraft, ihre Ressourcen und ihr Ansehen in der arabischen Welt großen Einfluss unter linken Muslimen gewann. Dies setzte auf allen Seiten eine Rüstungsspirale in Gang, so dass bald jede konfessionelle Gruppe und jede politische Partei ihre bewaffneten Flügel hatte. Das latente Misstrauen der verschiedenen Akteure wurde aufgrund ständiger Provokationen immer mehr nach außen gekehrt. Durch den Eintritt der PLO

war die traditionelle Machtbalance zerstört worden. Keine Fraktion war sich über die neuen Machtverhältnisse sicher, zumal sich die Allianzmuster ständig änderten, gleichwohl waren viele Parteien optimistisch, aus einem offenen Konflikt als Sieger hervorzugehen. 1975 nahmen die bewaffneten Übergriffe rapide zu, was sich schnell zu einem Bürgerkrieg ausweitete, in dem die letzten Reste staatlicher Handlungskapazitäten zerrieben wurden.

Regimetyp

Einige Forscher weisen auf einen möglichen Zusammenhang zwischen autokratischer Herrschaft und Staatszerfall hin (Gros 1996). Demnach existieren in Autokratien häufiger als in Demokratien neopatrimoniale Herrschaftspraktiken. Diktatoren würden durch einen personenbezogenen Herrschaftsstil formelle staatliche Strukturen zerstören oder behindern. Diese Prozesse würden einen Legitimationsverlust bewirken, dem der Staat bzw. der Diktator zunehmend mit Repressionen begegnen muss. Die Dynamik der daraus entstehenden Konflikte führt zu Staatszerfall. Dazu passt auch die Beobachtung, dass keiner der 15 afrikanischen Staaten, die im *Failed States Index* am schlechtesten abschneiden, von Freedom House als „frei“ eingestuft wird (Kraxberger 2007: 1059). So argumentiert Mehler, „dass die Fundamente der Staatlichkeit während jahrelanger autokratischer Herrschaftsausübung erodieren“ (Mehler 1996: 205). Darüber hinaus beinhalten eine Reihe von Studien die implizite Annahme, dass demokratische Staaten stabiler sind als Autokratien. Beispielsweise definieren die Studien von Rotberg (2003, 2004) und Schneckener (2004, 2006) demokratische Partizipation als notwendige Bedingung von Staatlichkeit oder zumindest als stabilisierenden Faktor.

Im Gegensatz dazu gehen einige Forscher davon aus, dass vielmehr hybride Regime (Anokratien, Partialdemokratien) Staatszerfall befördern bzw. Regimetransformation eine Ursache für Staatszerfall darstellt. Mit dieser These hat sich insbesondere die State Failure/Political Instability Task Force (SFTF/PITF) hervorgetan. Diese Arbeitsgruppe versucht seit 1994, „Begleiterscheinungen“ (Esty et al. 1995: iii) von Staatszerfall zu identifizieren, um dadurch eine Frühwarnung mit bis zu zwei Jahren Vorlauf zu ermöglichen. Die SFTF konnte jedoch für den Zeitraum 1954-1994 weniger als 20 Fälle von Staatszerfall im engeren Sinne identifizieren, was keine ausreichende Grundlage für die avisierten quantitativen Methoden darstellte. Daher wurde das Konzept des Staatszerfalls ausgeweitet, um vier verschiedene Krisentypen zu umfassen: revolutionäre Kriege, ethnische Kriege, umkämpfte Regimewechsel sowie Genozide bzw. Politizide (Esty et al. 1995: 1). Dieser inhaltlichen Ausweitung trug die SFTF 2003 insoweit Rechnung, dass sie sich in *Political Instability Task Force* umbenannte (Bates et al. 2003), wobei sie die weite Definition ihrer abhängigen Variable beibehielt.

Über die Jahre hat die SFTF/PITF vier große Berichte sowie Bestandteile eines fünften Reports veröffentlicht, worin sie ihre Fortschritte in der Vorhersage politischer Instabilität dokumentiert (Bates et al. 2003; Esty et al. 1995, 1998; Goldstone et al. 2000, 2005, 2010). Die Zusammensetzung des „globalen Modells“ der Task Force variierte von Stadium zu Stadium leicht, wobei u. a. die Kindersterblichkeitsrate, laufende Gewaltkonflikte in Nachbarländern sowie





die staatliche Diskriminierung einzelner Gemeinschaften zu den aussagekräftigsten Variablen gehörten. Lange Zeit waren auch hybride Regime ein wichtiger Bestandteil dieses globalen Modells, also Staaten, die sowohl demokratische als auch autokratische Eigenschaften aufweisen (Esty et al. 1998: 9; Goldstone et al. 2005: 35). Eine genauere Spezifikation der Variablen führte zu der überarbeiteten Hypothese, dass Staaten, die sich in einem Transformationsprozess des politischen Systems befinden, eher vom Phänomen Staatszerfall betroffen sind als Demokratien und Autokratien (Goldstone et al. 2005: 35). Diese Annahme wird durch empirische Arbeiten aus dem Bereich der Kriegsursachenforschung bestätigt. Die Beziehung zwischen Demokratisierungsgrad eines Staates und dessen Konfliktpotential kann als invertierte U-Kurve veranschaulicht werden. Jegliche Form des Regimewechsels erhöht zunächst das Konfliktpotential einer Gesellschaft. Erst wenn es gelingt, demokratische Strukturen zu konsolidieren, nimmt das Konfliktpotential wieder ab (Hegre et al. 2001, kritisch Vreeland 2008).

Die SFTF/PITF hat in ihrer letzten Phase außerdem Fortschritte erzielt, indem sie Variablen in ihre Teilkonzepte desaggregierte, was genauere Aussagen über die angenommene Kausalität ermöglicht. Dabei stellte sie fest, dass partielle Demokratien, in denen die Politik durch partikularistisch orientierte und auf Identität basierte Gruppen geprägt ist (Faktionalismus), ein besonders hohes Instabilitätsrisiko aufweisen. In diesen politischen Systemen agieren stark polarisierte politische Akteure in einem relativ offenen politischen Wettbewerb:

„In short, by far the worst situation in terms of risks of instability were for a political landscape that combined deeply polarized or factionalized competition with open contestation. The combination of a winner-take-all, parochial approach to politics with opportunities to compete for control of central state authority represents a power keg for political crisis“ (Goldstone et al. 2005: 20).

4.1.2 Wirtschaftliche Faktoren

Ressourcen

Ulrich Schneckener entwickelte ein Modell der „Dynamik wirtschaftlicher Krisen“. In diesem Fall erfolgt die Erosion staatlicher Strukturen vornehmlich aufgrund von sozioökonomischen Problemen, wie Ressourcenmangel, Rentenökonomie, fehlender Modernisierung, Misswirtschaft oder externen wirtschaftliche Schocks. Die Folge ist eine ungleiche Einkommens- und Vermögensentwicklung, steigende Arbeitslosigkeit, Verarmung der Bevölkerung, Zunahme der Schattenwirtschaft und eine Perspektivlosigkeit insbesondere bei jungen Menschen (Schneckener 2006c: 359). Aus dieser Dynamik heraus entstehen Verteilungskämpfe um Ressourcen, die zum Kollaps des Staates führen:

„Wenn eine soziale Gruppe erfolgreich versucht, die wichtigsten Ressourcen (d. h. vor allem Rohstoffe) des Staates unter eigene Kontrolle zu bringen und hierdurch andere Teile der Bevölkerung soweit ausschließt, dass sie in ihrer Existenz bedroht werden (wie z. B. in Somalia nach 1990), gerät das fragile Gleichgewicht vieler Entwicklungsländer aus der Balance. Gehen Kämpfe um Ressourcen bzw. deren Monopolisierung über das akzeptierte Maß materieller Vorteilsnahme hinaus, wird der sozio-ökonomische Status Quo in einem Staat oft gesprengt. Benachteiligte Gruppen sehen angesichts einer solchen Entwick-

lung keine andere Wahl als sich (häufig mit Waffengewalt) zur Wehr zu setzen“ (Büttner 2004b: 2-3).

Rentenökonomien

Ähnlich beschreibt Allen (1999) eine Spirale der „*terminal spoils*“, wonach auf Renten basierte Systeme durch den Rückgang von Einnahmen in eine tiefe Krise geraten. Hier fehlen der Regierung die notwendigen Mittel, um sich weiterhin die Loyalität einflussreicher Verbündeter zu erkaufen, was letztlich zur Zersplitterung der Regimekoalition führt.

Über den Einfluss von Ressourceneinnahmen auf die Stabilität eines politischen Systems gibt es entgegengesetzte Erwartungen. Einerseits besagt das Argument des Ressourcenfluchs, dass ressourcenreiche Staaten schlechtere Entwicklungserfolge und höhere Gewalttrisiken aufweisen als weniger reichhaltig ausgestattete Gesellschaften. Andererseits verweisen Basedau und Lay (2009) zurecht darauf, dass dieser Zusammenhang lediglich in relativ armen Ländern wie Angola, Nigeria oder Venezuela zu existieren scheint – Ölstaaten mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen wie Norwegen, Kuwait, Saudi-Arabien und Brunei sind dagegen sehr stabil.

Ein weiteres Argument der Rentierstaatstheorie lautet, dass Regierungen in ressourcenreichen Ländern keinen Anreiz haben, ein funktionierendes Staatswesen aufzubauen, da sie keine staatliche Verwaltung zur Mobilisierung von Ressourcen (z. B. ein Steuerwesen) benötigen (Bates 2008a). Des Weiteren sind einseitig auf Primärgüterexporte ausgerichteten Ökonomien anfällig gegenüber Preisschwankungen auf dem Weltmarkt, insbesondere wenn es sich dabei um Rentierstaaten handelt (Debiel et al. 2005: 2).

4.1.3 Sozialstrukturelle und kulturelle Faktoren

Demografische Faktoren

Spezifische demographische Konstellationen werden in der Forschung als Ursachen von Staatszerfall diskutiert. Im Phase III-Bericht der SFTF wurde eine Korrelation zwischen Staatszerfall und hoher Bevölkerungsdichte festgestellt: „This analysis also found that total population and population density had a moderate relationship to state failure. Countries with larger populations and higher population density had 30-percent and 40-percent greater odds of state failure, respectively“ (Goldstone et al. 2000: vi).

Einen ähnlichen Befund liefert auch Schneckener, der zudem noch die Gefahren eines hohen Anteils von Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung (*youth bulge*) thematisiert: „Gleichzeitig sind in einigen Fällen demographische Entwicklungen wie hohe Geburtenraten, ein wachsender Anteil von Jugendlichen [...] absehbar oder schon akut, die das politische und ökonomische System vor erhebliche Herausforderungen stellen oder stellen werden.“ (Schneckener 2006c: 357, skeptisch Goldstone et al. 2005: 12-13). Dies äußert sich in mangelnden Bildungs- und Arbeitsmarktchancen für Jugendliche, was zu sozialen Spannungen und mittelbar zu politischer Instabilität beiträgt.





Viele Forscher gehen auch davon aus, dass die multiethnische Zusammensetzung einer Gesellschaft das Konfliktrisiko erhöht und die Steuerungskapazitäten schwacher Staaten überfordert (Schneckener 2006c: 356-357). Dies wird in der Regel als Folge des Kolonialismus gesehen, der durch die zum Teil willkürliche Grenzziehung die Existenz von Staaten mit multiplen Ethnien erst verursacht hatte (Hentz 2004: 145). Nach Bates (2008b: 8) führt die multiethnische Zusammensetzung einer Gesellschaft nicht *per se* zu einem höheren Risiko von Staatszerfall, jedoch geht er davon aus, dass die Kombination aus multiethnischer Gesellschaft und Minderheitenherrschaft, welche den Faktor Angst/Einschüchterung als prägende Herrschaftsform nutzt das Staatszerfallrisiko erhöht.

Gesellschaftliche Verankerung politischer Institutionen

Eine alternative Erklärung der Instabilität vieler postkolonialer Staaten lautet, dass dort die politischen Institutionen nicht ausreichend in der Gesellschaft verankert sind bzw. dass diese Gesellschaften keine ausreichend langen Erfahrungen mit zentralstaatlicher Herrschaft besäßen. In diesem Zusammenhang wird auch oft behauptet, dass das Vorhandensein vorkolonialer *polities* einen wichtigen stabilisierenden Faktor für postkoloniale Staaten darstelle (Gennaioli/Rainer 2007). Ein Vergleich südostasiatischer mit afrikanischen Gesellschaften unterstreicht die Plausibilität dieser These. In Südostasien gab es mehrere Reiche und Königtümer (Khmerreich, Siam, Vietnam etc.), die heute eine wichtige Rolle für Nationenbildung und öffentliche Mobilisierung in den verschiedenen Ländern der Region spielen. In Afrika war durch die geringe Bevölkerungsdichte die Bildung größerer Reiche schwierig (Herbst 2000). Untertanen konnten sich einem Herrscher relativ leicht durch Migration entziehen, so dass die Zahl größerer *Polities* relativ gering blieb. Die wenigen Ausnahmen (z.B. die Reiche von Songhay, Mali und Zimbabwe) lagen zumeist in der älteren Vergangenheit und eignen sich daher weniger als Anknüpfungspunkte für nationale Mythen.

4.1.4 Internationale und regionale Faktoren

Gegenüber den internen Faktoren werden die Kollapsursachen, die außerhalb des betroffenen Staates liegen, eher selten thematisiert. Darüber hinaus werden zumeist eher strukturelle Variablen oder „Umweltfaktoren“ berücksichtigt, weniger die Handlungen bestimmter externer Akteure, die – gezielt oder ungewollt – zu einem Staatskollaps beitragen.

Bad Neighborhoods

Manche Arbeiten gehen davon aus, dass regionale Instabilität bzw. Bürgerkriege im regionalen Umfeld *spill-over*-Effekte erzeugen, d. h. dass sich politische Krisen und Konflikte in Nachbarstaaten sich negativ auf die Stabilität eines Staates auswirken (Schneckener 2006c: 358-359). Demnach führen Bürgerkriege in Nachbarstaaten zur Einschränkung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, zu Flüchtlingsströmen, zu Kapitalflucht und zu militärischen Übergriffen, was wichtige Herrschaftskapazitäten fragiler Staaten bindet oder erodiert (Schneckener 2006c: 358).



Die *State Failure Task Force* konnte einen signifikanten Zusammenhang zwischen politischer Instabilität und Konflikten in Nachbarstaaten nachweisen. Im Modell der Task Force wurden Staaten dahingehend unterschieden, ob vier oder mehr bewaffnete Konflikte in Nachbarstaaten im Analysejahr existierten oder weniger (Goldstone et al. 2005: 22). In früheren Modellen wurde bereits eine Signifikanz bei zwei oder mehr Konflikten festgestellt. Lambach (2008) entwickelt ein verwandtes Argument, das die regionalen Effekte von Staatszerfall als besonders problematisch identifiziert.

Zu den bekanntesten Beispielen dieses Zusammenhangs gehört Liberia, dessen Bürgerkriege (1989-1996, 2000-2003) massiv zur Destabilisierung der Nachbarländer Sierra Leone, Guinea und Elfenbeinküste beitrug. Erstens mussten diese jeweils sechsstelligen Zahlen von Flüchtlingen aufnehmen und versorgen. Zweitens entspannen sich transnationale Allianzen zwischen liberianischen Kriegsparteien mit Regierungen und Rebellen der Nachbarstaaten. Drittens waren die Nachbarländer wichtige Knotenpunkte in der liberianischen Kriegswirtschaft – beispielsweise verkauften liberianische Rebellen sierra-leonische Diamanten über die Elfenbeinküste ins Ausland, um damit ein UN-Handelsembargo zu umgehen.

Kolonialismus und Dekolonisierung

Einige Autoren sehen mögliche Gründe für Staatszerfall in der Gründungswelle junger Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Im Zuge der Dekolonisierungswelle der Nachkriegszeit sei die Frage nach der Funktionstüchtigkeit neuer Staaten überdeckt worden durch die Forderung nach dem Recht auf Selbstbestimmung (Clapham 2002: 786; Helman/Ratner: 1992; Hentz 2004: 145-146; Tetzlaff 2000). Diese Erklärung folgt der von Jackson und Rosberg beschriebenen Trennung zwischen empirischer und juristischer Staatlichkeit (Jackson/Rosberg 1986). Demnach verdanken viele postkoloniale Staaten ihre Existenz und ihr Fortbestehen ausschließlich der völkerrechtlichen Anerkennung und nicht eigener staatlicher Leistungsfähigkeit. So schreibt auch Jackson: „Failed states' are a consequence of the end of empire. They are a price of unrestricted self-determination of former – usually colonial – dependencies“ (Jackson 1998: 3).

Im Unterschied zu den langwierigen europäischen Staatsbildungsprozessen, die letztendlich den Staat als allgemein von den Bürgern anerkannte Institution hervorbrachten, ist es in den ehemaligen Kolonien nicht gelungen, den Staat als unabhängige Institution zu etablieren. Traditionale bzw. vorkoloniale Herrschaftsformen bestanden fort:

„Der postkoloniale Staat [hat] es nicht vermocht [...], die vorkolonialen und kolonialen Häuptlingstümer zu entmachten, geschweige denn, sie zu zerschlagen. Die Schlüsselstellung, die sie im lokalen Rechtswesen und in der staatlichen Verwaltung dank ihres Zugangs zur lokalen Bevölkerung hatten, haben sie alle zentralistischen Stürme überstehen lassen“ (von Trotha 2000: 270, vgl. auch Jackson 1990; Spanger 2002; Schlichte 2000).

Für diese Hypothese sprechen drei Mechanismen: Erstens weisen postkoloniale Staaten zumeist ein Defizit staatlicher Kapazitäten auf. Zweitens sind dort traditionelle, nicht-staatliche Institutionen relativ stark, was den Aufbau staatlicher Leistungsfähigkeit behindert (Migdal 1988). Drittens führte der Kolonialismus dazu, dass die Idee des Staates in kolonialen Gesellschaften vornehmlich



mit Repression in Verbindung gebracht wurde und somit wenig Akzeptanz erfuhr (Akude 2006: 22; Clapham 2004: 84-85; von Trotha 2000: 261). Allerdings unterliegen diese Annahmen möglicherweise einem Selektionseffekt: Geht man davon aus, dass Staatsbildung ein langwieriger Prozess ist, hatten die besonders gefährdeten Staaten einfach weniger Zeit als die europäischen „Vorbilder“ zur Entwicklung ihrer Kapazitäten.

Das Ende des Kalten Krieges und seine geopolitischen Folgen

Sehr viele Autoren (Crocker 2003: 35; Chojnacki 2000: 2; Helman/Ratner, 1992: 3ff; Woodward 1999; van de Walle 2004: 108; Menzel 2001: 4; Kingston 2004: 1; Hentz 2004: 145-146; Erdmann 2003: 272; Doornbos 2002: 803; Clapham 2002: 83-84; Büttner 2004: 66, 233) sehen auch das Ende des Kalten Krieges als Ursache für Staatszerfall. Demnach endete nicht nur die Blockkonfrontation zwischen Ost und West, sondern zeitgleich auch die Hilfeleistungen der Großmächte an (potentielle) Verbündete in der „Dritten Welt“. Da nun die finanzielle, militärische und politische Unterstützung der Großmächte wegfiel, brachen die zuvor künstlich am Leben gehaltenen Staaten reihenweise zusammen, wie u. a. Akude feststellt:

„Because of the dependence of African states on external sources of revenue (foreign trade, foreign investment and foreign aid), the source of legitimacy was also foreign. Each bloc did everything possible to maintain their own African leaders in power even in the face of glaring evidences of loss of legitimacy by such leaders“ (Akude 2006: 46).

Auch hier ist Liberia ein passendes Beispiel. Das seit 1980 herrschende Doe-Regime konnte sich lange Zeit auf die unbedingte Unterstützung der USA verlassen, für die es ein wichtiger Verbündeter im Kalten Krieg war. Mit dessen Ende traten jedoch die Misswirtschaft und die verbreiteten Menschenrechtsverletzungen seitens des Regimes deutlich in den Vordergrund, so dass die USA ab 1988 keine neuen Hilfgelder mehr zusagten. Damit war Does Klientelsystem unter großen Druck geraten und begann bereits zu bröckeln, ehe es nach der Rebellion von Charles Taylors *National Patriotic Front of Liberia* 1989-90 die Kontrolle über 90% seines Staatsgebietes verlor.

Globalisierung

Ein anderer Ansatz versucht einen Zusammenhang von Staatszerfall und Strukturveränderungen der Weltwirtschaft, insbesondere dem Prozess der Globalisierung, nachzuweisen. Aufgrund der Tatsache, dass private Akteure (z. B. Unternehmen), transnational agierende NGOs (Clapham 1998: 149) und supranationale Organisationen zunehmend staatliche Funktionen wahrnehmen, sehen manche Forscher eine generelle Legitimitätsverlagerung von staatlichen zu supranationalen und transnationalen Akteuren.

„The rapidly changing global context, characterized by the drive towards economic liberalization and privatization, the pursuit of global market relations, the propagation of the rolling back of the state, the demanding role of the international financial institutions, and related features such as the global communications transformation, can certainly be viewed as offering a mega explanation of sorts, setting global preconditions, for various recent instances of state collapse“ (Doornbos 2002: 803, vgl. Kingston 2004: 1; Kostovicova/Bojicic-Dzelilovic 2009; Woodward 1999, kritisch Betz 2007).



Versteht man Globalisierung im Sinne einer Offenheit für internationalen Handel, kann man auch die Gegenhypothese aufstellen, nämlich dass Länder mit einer hohen Import- und Exportquote ein geringeres Kollapsrisiko aufweisen. Der Faktor „Handelsoffenheit“ war lange Zeit in den Modellen der SFTF/PITF enthalten, ist jedoch in den jüngsten Berichten nicht mehr vorhanden.⁶ Dennoch scheint es angemessen, diese Hypothese nicht *a priori* zu verwerfen.

In diesem thematischen Kontext werden oft den Strukturanpassungsprogrammen der internationalen Finanzinstitutionen eine schwächende Wirkung auf die staatlichen Steuerungsfähigkeiten der Empfängerländer zugeschrieben (van de Walle 2004: 112; Hippler 2005: 5; Erdmann 2003: 272; Clapham 2002: 792; Clapham 1998: 147). So schreibt Ruf: „Auch die Folgen der Strukturanpassungspolitik des Internationalen Währungsfonds, die ganz im Sinne des Neo-Liberalismus immer wieder den Abbau öffentlicher Leistungen forderte, dürfte ihren Teil zum Schwinden hoheitlicher Kompetenzwahrnehmung der Staaten beigetragen haben“ (Ruf 2003: 34).

4.2 Forschungsdesign

Eine systematische empirische Überprüfung dieser Hypothesen findet bislang nur in Ansätzen statt. So existiert eine Vielzahl von Einzelfallstudien, deren Ergebnisse jedoch nicht zu einem kohärenten Forschungsprogramm beigetragen haben.⁷ Die Heterogenität der studierten Fälle verdeutlicht, dass es für Staatszerfall keine monokausalen Erklärungen gibt, und legt den Verdacht nahe, dass es mehrere Kombinationen kausaler Variablen gibt, die zu staatlicher Fragilität führen. Diese Annahme einer „Äquifinalität“ (Bennett 2004: 38-40; Mahoney/Goertz 2006), d. h. dass ein Endresultat auf mehrere unabhängige Weisen zustande kommen kann, wird von verschiedenen ForscherInnen vertreten (z.B. Englehart 2007; Goldstone 2008) und konnte auch empirisch bereits untermauert werden. So konnte Lambach (2009) in einem Vergleich von Liba-

⁶ In den Berichten zu den Projektphasen I-IV war diese Variable Teil des globalen Modells, lag jedoch teils über einem Signifikanzniveau von 0,1 (Esty et al. 1995; Esty et al. 1998; Goldstone et al. 2000; Bates et al. 2003). In Phase V ist dieser Faktor nicht mehr im globalen Modell enthalten, sondern lediglich noch im Modell für das sub-saharische Afrika (Goldstone et al. 2005).

⁷ Exemplarisch seien hier verschiedene Studien zu so unterschiedlichen Staaten und Territorien wie Somalia (Adam 1995; Brons 2001; Luling 1997; Menkhaus 2003), Zaire (Clark 1998; McNulty 1999; Stroux 1996; Weiss 1995; Young 1994), Liberia (Bøås 2001; Ellis 1999; Pham 2004), Sierra Leone (Bangura 2000; Kandeh 1999; Keen 2005; Reno 1998, 2004; Richards 1996), Libanon (Endres 2000; Hanf 1990), Angola (Broekman 2000; Pinto Escoval 2005), Senegal (Salomon 2005), Palästina (Sayigh 2007), Osttimor (Chopra 2002; Cotton 2007), Algerien (Ruf 1997) und Indonesien (Wanandi 2002) genannt.



non, Tadschikistan und Somalia zeigen, dass es mindestens zwei hinreichende, aber nicht notwendige Kausalkombinationen gibt, die in diesen Fällen zum Staatskollaps geführt hatten (vgl. auch Gamberger/Lambach 2008; Schneckener 2006c; Schubert 2005). Unterstützt wird diese Sichtweise auch von Grävingsholt, Ziaja und Kreibaum (2012), die das Fragilitätskonzept desaggregieren und dadurch Cluster ähnlicher Fälle identifizieren, die alle auf jeweils eigene Weise fragil sind (vgl. auch Call 2011).

4.2.1 Qualitative und vergleichende Verfahren

Jenseits der Einzelfallstudien gibt es verschiedene Studien mit geringer Fallzahl sowie seit kurzem auch erste quantitative Ansätze. Die Beiträge, die mit wenigen Fällen arbeiten (sog. *Small-N*-Verfahren) sind dabei von unterschiedlicher methodischer Güte – mehrere einschlägige Sammelbände (z. B. Rotberg 2003; Straßner/Klein 2007; Zartman 1995) umfassen jeweils acht bis elf Einzelfallstudien ohne einen systematischen Vergleich der Fälle. Es gibt in diesen Publikationen keine explizit formulierten Hypothesen, die Fallauswahl wird nicht näher begründet, und es gibt keine Kontrollfälle. Das empirische Material dient bestenfalls dazu, bestimmte Schlussfolgerungen zu illustrieren, deren Reichweite unklar bleibt.

Systematischer gehen Schneckener (2006a), Schubert (2005) und Büttner (2004) vor. Im *States-at-Risk*-Projekt (Schneckener 2006a) wurden zwölf Fälle verglichen,⁸ die sich eher in der Mitte des Spektrums zwischen konsolidierter und kollabierter Staatlichkeit befanden, und der Einfluss von Struktur-, Prozess- und Auslösefaktoren auf substaatlicher, nationaler und internationaler/regionaler Ebene untersucht. Das Projekt produzierte interessante Erkenntnisse über die Ähnlichkeiten und Unterschiede der zwölf Fälle, jedoch hatte das Forschungsdesign gewisse Grenzen: Erstens standen den 12 Fallstudien 43 hypothetische Kausalvariablen gegenüber, wodurch das Modell überdeterminiert war. Zweitens wurden keine Kontrollfälle in die Untersuchung einbezogen, was die Erklärungskraft der Ergebnisse schmälert. Drittens wurden keine expliziten Hypothesen formuliert; die Auswertung der Fallstudien wirkt eher illustrativ als systematisch.

Schubert (2005) unternimmt einen strukturierten, fokussierten Vergleich (zur Methode vgl. George 1979) von Liberia, Tadschikistan und Kolumbien und begründet diese Auswahl anhand mehrerer Kriterien. Auf der Grundlage dieser Fälle untersucht er den Einfluss von fünf Variablen, die jedoch sehr breit definiert und nur unzureichend operationalisiert werden. Die Defizite dieses Designs ähneln denen des *States-at-Risk*-Projekts: ein überdeterminiertes Modell, fehlende Kontrollfälle sowie keine Aussagen zur Repräsentativität der Stichprobe. Die beiden letzten Kritikpunkte treffen auch auf Büttner zu, die sechs Länder (Somalia, DR Kongo, Guatemala, Kolumbien, Afghanistan, Indonesien) vergleicht (Büttner 2004). Problematisch sind in dieser Studie außerdem

⁸ Jordanien, Kenia, Turkmenistan, Venezuela, Georgien, Jemen, Pakistan, Sri Lanka, Weißrussland, Sambia, Birma und Indonesien.



die unzureichende Begründung der Fallauswahl sowie die fehlende Rezeption der vorhandenen Literatur.

Alle drei Vergleiche leiden also unter dem Verzicht auf Kontrollfälle sowie am „*many variables, small N*“-Problem (Lijphart 1971). Lediglich im Design von Büttner sind weniger Variablen als Fälle vorhanden, dies geschieht jedoch zu dem Preis, dass die Variablen sehr breit definiert sind (ähnlich bei Schubert). In allen drei Beispielen wird die Fallauswahl nicht völlig ausreichend begründet, was nur wenige Rückschlüsse über die Reichweite der gewonnenen Aussagen zulässt. Zwar wären einige dieser Defizite durchaus korrigierbar, das Problem der Überdeterminiertheit ist jedoch durch die Natur von *Small-N*-Vergleichen vorgegeben. Diese und andere Studien hatten durchaus einen Wert für die Entwicklung und Konsolidierung von Hypothesen und Theorien. Nicht zuletzt unterstützen insbesondere die Ergebnisse von Schneckener und Schubert die Annahme einer kausalen Äquifinalität. Gerade dieser Aspekt stellt jedoch in der Ursachenforschung ein besonderes Problem für Vergleichsdesigns mit niedriger Fallzahl dar, da hier für jeden Subtyp eigene Kausalstrukturen vorhanden sind, was die Zahl der zu berücksichtigenden Variablen erhöht, und für jeden Subtyp auch eigene Kontrollfälle ausgewählt werden müssten.

Eine der wenigen Arbeiten mit kleiner Fallzahl, die die angesprochenen Probleme der Überdeterminiertheit und fehlender Kontrollfälle vermeidet, ist die Studie von Clement (2004) zu Libanon, Somalia und dem ehemaligen Jugoslawien. Clement entwickelt durch intensive Fall- und Feldforschung vier ursächliche Faktoren für das Auftreten von Staatskollaps: (1) Strukturelle Veränderungen des externen Umfelds; (2) eine starke Veränderung der Wirtschaftsleistung eines Staates; (3) Machtkämpfe gesellschaftlicher Gruppen und (4) mangelnde Integration gesellschaftlicher Eliten. Varianz auf der abhängigen Variablen stellt sie durch unterschiedliche Beobachtungszeitpunkte her. Die drei untersuchten Staaten werden jeweils in Perioden von Stabilität, Krise und Kollaps betrachtet, um mit Hilfe von *Qualitative Comparative Analysis* (QCA) (Ragin 1987) Kombinationen von Bedingungen zu identifizieren, die zu Staatskollaps führen.

4.2.2 Quantitative Verfahren

In der quantitativen Erforschung der Ursachen fragiler Staatlichkeit sind insbesondere in der jüngsten Vergangenheit einige Fortschritte erzielt worden. Erste Bemühungen gab es bereits während der 1990er Jahre; diese waren jedoch weniger an einer dezidierten Ursachenforschung denn an Frühwarnung und Krisenprävention interessiert und versuchten sich an der Entwicklung von Vorhersagemodellen zur Unterstützung politischer Entscheidungsprozesse (z. B. Baker/Ausink 1996; Baker/Weller 1998; Norton/Miskel 1997). Dabei wurde Staatszerfall nicht trennscharf von Bürgerkriegen oder ethnischen Konflikten abgegrenzt, so dass die Indikatoren eher allgemeine Risiken politischer Instabilität abbildeten.

Das größte derartige Projekt ist die bereits erwähnte SFTF/PITF, die seit 1994 tätig ist. Während der Arbeit an ihrem „globalen Modell“ konnte sie dessen Genauigkeit schrittweise verbessern: Konnte dieses in seiner ersten Version Krisenfälle mit einer Genauigkeit von 60% vorhersagen (Esty et al. 1995), war



dies 2005 bereits auf 80% angestiegen (Goldstone et al. 2005). Die inzwischen erzielte Genauigkeit des Modells ist für die Frühwarnung von großer Bedeutung; für die Ursachenforschung von fragiler Staatlichkeit ist sie dagegen weniger relevant. Dies liegt nicht nur an der sehr breiten Definition der abhängigen Variable durch die SFTF/PITF, sondern auch an deren Zielsetzung, nicht die Ursachen, sondern die Begleiterscheinungen von politischer Instabilität zu identifizieren (Bates 2008b).⁹

Das Fehlen entsprechender Daten zur direkten Messung von Staatlichkeit (wie es sie z. B. in der Demokratieforschung gibt, vgl. Munck/Verkuilen 2002) stellte lange Zeit die wichtigste Hürde für die Entwicklung einer quantitativen Ursachenforschung dar. Gleich mehrere Projekte versuchen diese Lücke zu füllen: der *Failed States Index* (FSI) (Baker 2006; Baker/Weller 1998; Fund for Peace 2005), der *Index of State Fragility* (ISF) (Carment et al. 2006; Carment et al. 2008), der *State Fragility Index* (SFI) (Marshall/Cole 2008; Marshall/Goldstone 2007) sowie der *Index of State Weakness* (ISW) (Rice/Patrick 2008).¹⁰ Der FSI und der ISF haben einen expliziten Frühwarnanspruch, weshalb sie eine sehr breite Definition von fragiler Staatlichkeit verwenden, doch auch die anderen Indizes stellen das Ziel der Politikberatung in den Vordergrund (kritisch zur Wirksamkeit Margolis 2012). Für die Ursachenforschung wird bislang lediglich der ISF verwendet (Carment et al. 2008). Bei den meisten Indizes liegen die Daten nur für wenige Jahrgänge vor (ab 2005 oder später), was den Nutzwert für die Ursachenforschung noch erheblich einschränkt.

Als Indikatoren verwenden die Indizes zumeist Aggregatdaten und Indizes anderer Forschungseinrichtungen, die ein weites thematisches Spektrum von der Säuglingssterblichkeit über die Entwaldungsrate bis hin zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) abdecken. Diese enorme Bandbreite der Indikatoren führt bei allen vier Indizes zu einer mangelhaften Konzept-Indikator-Validität, d.h. dass diese nicht das Phänomen messen, das sie eigentlich zu messen vorgeben. Eine seriöse Ursachenforschung wird dadurch *de facto* unmöglich, da viele potenzielle unabhängige Variablen bereits Teil der Indizes sind. Problematisch sind ferner die faktische Gleichgewichtung der Indikatoren sowie die in vielen Fällen unzureichende Transparenz der Projekte (Bethke 2012). Vereinzelt Ansätze versuchen diesen Problemen zu begegnen, stecken jedoch noch in den Kinderschuhen (Grävingholt/Ziaja/Kreibaum 2012).

⁹ Howard (2008) unternimmt den Versuch, ein theoretisch fundiertes Kausalmodell von Staatszerfall zu entwickeln. Dabei verwendet sie die SFTF-Daten, um ihre abhängige Variable zu kodieren, und reproduziert dadurch die übertrieben breite Definition von Staatszerfall. Zur Kritik an der Herangehensweise der SFTF vgl. King/Zeng (2001a), Lambach/Gamberger (2008) und Milliken/Krause (2002).

¹⁰ Zu diesen jährlich aktualisierten Indizes kommen einzelne Länderlisten und Kriterienkataloge aus der politischen Praxis, z. B. World Bank (2002), Commission on Weak States and US National Security (2004) oder DFID (2005) hinzu.



Aufgrund dieser Schwächen der neuen Indizes verwenden die meisten quantitativen Forschungsdesigns andere Variablen zur Operationalisierung von fragiler Staatlichkeit, wobei hier nur auf die Ansätze eingegangen werden soll, die das Phänomen als abhängige Variable betrachten.¹¹ Beispielsweise verwenden Iqbal und Starr (2007) den *standardized authority code* „-77“ aus dem Polity-IV-Datensatz, der auf eine Periode des *Interregnum* hinweist, was als kompletter Zusammenbruch politischer Autorität definiert ist (Marshall/Jagers 2005).¹² Die Autoren identifizieren 25 Fälle mit insgesamt 93 Land-Jahren, in denen dieser Fall auftrat, als zerfallene Staaten und wenden ein Cox-Regressionsmodell auf 162 Staaten im Zeitraum 1946-2000 an. Dieser Ansatz identifiziert ein Hybridregime, einen laufenden Bürgerkrieg, die Verwicklung in internationale Konflikte, politische Unruhen und andere Instabilitätsphänomene, ein niedriges BIP sowie die Phase nach dem Ende des Ost-West-Konflikts als signifikante Risikofaktoren.

Insgesamt weist die quantitative Ursachenforschung einige grundsätzliche Schwachpunkte auf: Erstens besteht ein Problem der Datenqualität: Sowohl die neueren Indizes als auch die meisten verwendeten Stellvertreter (Proxies) weisen keine ausreichende Konzept-Indikator-Validität auf. Durch die Vermengung unterschiedlicher Dimensionen zu einem Konstrukt „fragile Staatlichkeit“ messen die verfügbaren Indizes eine beliebig erscheinende Mischung aus Konfliktpotenzial, Entwicklungsstand und *Good Governance*. Häufig verwendete Proxies wie BIP/Kopf oder mittlere Werte auf der Polity-Skala (Fearon/Laitin 2003) sind dagegen äußerst mehrdeutig. Daher fordern mehrere Forscher die Entwicklung bzw. Einbeziehung neuer Daten für die Ursachenforschung. So spricht sich Bates (2008b: 10) für die Verwendung von räumlich differenzierten Daten zu z. B. wirtschaftlicher Ungleichheit, politischer Polarisierung oder religiösen Differenzen aus, da durch die Aggregation auf nationaler Ebene entscheidende Informationen verloren gingen (ähnlich Englehart/Simon 2009: 110). Auch im Bereich der unabhängigen Variablen gibt es ein Datenproblem: So ist das Fehlen von Daten keineswegs zufällig verteilt, sondern kann das Resultat mangelnder statistischer Kapazitäten sein; daher ist gerade in fragilen Staaten ein höherer Anteil von *missing data* zu erwarten (Bates 2008a). Zwar können diese Lücken durch verschiedene Imputationsver-

¹¹ Staatlichkeit wird in vielen quantitativen Untersuchungen als unabhängige Variable verwendet (z. B. Benson/Kugler 1998; Chauvet/Collier 2008; de Soysa/Wagner 2003; deRouen/Sobek 2004; Evans/Rauch 1999; Fearon 2005; Fearon/Laitin 2003; Hegre 2004; Iqbal/Starr 2008; Kugler/Domke 1986; Lacina 2006; Organski/Kugler 1978). Wie Fearon jedoch feststellt, geschieht dies oft unter Verwendung von äußerst problematischen Proxy-Indikatoren: „Unfortunately, good direct measures of a state’s administrative capability and integrity are lacking“ (Fearon 2005: 502).

¹² Die Verwendung dieses Codes ist nicht unproblematisch, da das Polity IV-Handbuch keine klaren Angaben über die Kodierrichtlinien gibt, die für eine derartige Einstufung verwendet werden.



fahren jenseits von listenweisem Fallausschluss geschlossen werden, allerdings sind auch dies nur zweitbeste Lösungen.

Zweitens haben quantitative Ansätze Probleme im Umgang mit Äquifinalität, da ihr Erkenntnisinteresse in der Ermittlung des Einflusses einzelner Variablen auf das Ergebnis, nicht in der Erklärung eines *bestimmten* Ergebnisses liegt (Mahoney/Goertz 2006). Wenn jedoch verschiedene Subtypen von Fällen unterschiedliche Ursachenbündel haben, werden einzelne Variablen von Fall zu Fall andere kausale Effekte haben.

Drittens hat die bisherige Forschung nur einen Teilbereich der theoretisch fundierten Hypothesen einbezogen. Aus den vier oben genannten „Bündeln“ testen Carment, Prest und Samy (2008) sowie Iqbal und Starr (2007) lediglich Hypothesen zum Einfluss des Regimetypes, der ethno-religiösen Diversität, der weltwirtschaftlichen Integration und des Wandels des internationalen Systems. Andere Hypothesen, z.B. zum Einfluss schlechter Regierungsführung, der Entwicklung der Staatseinnahmen, regionalen Einflüssen o. ä., werden nicht einbezogen. Dabei verwenden die Autoren ausschließlich Daten, die bereits für andere Zwecke erhoben wurden wie z. B. BIP-Zahlen.¹³

Viertens entsteht aus dieser Abhängigkeit von „*off-the-shelf*“-Daten auch eine übermäßige Betonung von strukturellen Variablen, für die schlicht häufiger Daten vorliegen als für dynamische Faktoren. Es gibt jedoch eine Vielzahl von Autoren, auch aus der quantitativen Forschung, die gerade dynamische politische Variablen für besonders erklärungs mächtig halten (z. B. Bates 2008b; Goldstone et al. 2005: 15-20; Rotberg 2004: 25-26; Tetzlaff 2002: 6). Angesichts fehlender Daten ist eine quantitative Überprüfung dieser Annahme bislang jedoch nicht möglich gewesen, was die Vermutung nahelegt, dass entsprechende Studien einem *omitted variable bias* (hierzu vgl. King et al. 1994: 168-181) unterliegen.

5. Zusammenfassung: Anforderungen an eine künftige Ursachenforschung

Die Erforschung der verschiedenen Formen fragiler Staatlichkeit hat in zwei Jahrzehnten deutliche Fortschritte gemacht und insbesondere auf theoretisch-konzeptioneller Ebene viele interessante Entwicklungen erlebt. Die empirische Grundlegung dieser Beiträge ist jedoch bislang eher unterentwickelt. Dies gilt für verschiedene Fragestellungen, aber in besonderer Weise für die Ursachenforschung, wo sowohl die qualitative als auch die quantitative Forschung mehrere Defizite aufweisen. Die qualitative Ursachenforschung hat viel zur Entwicklung von Theorien und Hypothesen beigetragen, jedoch sind *Small-N*-

¹³ Englehart und Simon charakterisieren die Problemlage wie folgt: „There are few variables expressly constructed for the study of state failure, forcing researchers to either engage in costly data collection or rely on pre-existing off-the-shelf-data“ (2009: 110).



Vergleiche nur wenig zu deren systematischer Überprüfung geeignet. Quantitative Ansätze leiden demgegenüber unter Datenproblemen, betrachten lediglich einen Ausschnitt der vorhandenen Theorien und versprechen nur geringe Erkenntnisfortschritte angesichts der Äquifinalität der kausalen Prozesse.

Um diese Defizite zu überwinden, sollten Forschungsdesigns zur Ursachenforschung von fragiler Staatlichkeit folgende Anforderungen erfüllen: Erstens sollten die gewonnenen Aussagen eine möglichst große Reichweite besitzen und sich nicht auf einzelne Fälle beschränken. Dazu ist eine klare Konzeptdefinition unerlässlich, die eine möglichst exakte Definition der Fallpopulation ermöglicht. Bei einer Begrenzung auf Staatskollaps sollten komparative Studien möglichst die gesamte Population von Kollapsfällen erfassen und mit einer hinreichenden Anzahl von Kontrollfällen vergleichen. Für quantitative Ansätze bedeutet dies jedoch auch eine intensive Beschäftigung mit dem Verhältnis von Kollaps- und Kontrollfällen, auf deren Grundlage kausale Zusammenhänge identifiziert werden sollen. Bei seltenen Phänomenen wie Staatskollaps kann es leicht zu verzerrten Schätzungen kommen, da aufgrund der Verteilung der Werte der abhängigen Variablen (viele Nullen, d.h. kein Ereignis, gegenüber wenigen Einsen, d. h. eingetretenen Ereignissen), die Wahrscheinlichkeit eines Ereignisses systematisch unterschätzt wird. Mittlerweile existieren jedoch ökonometrische Verfahren, wie z. B. *Matching* im Kontext von Fall-Kontroll-Studien, die explizit diese Problematik adressieren (Rosenbaum 2010; King/Zeng 2001a).

Zweitens muss die kausale Äquifinalität von Staatskollaps erfasst werden können. Hier bieten sich Medium-N-Verfahren wie QCA an, denen aufgrund ihrer mengentheoretischen Fundierung zugesprochen wird, dass sie äquifinale Prozesse besonders gut bestimmen können (Bennett 2004: 38-40). Statistische Modelle können hilfreich sein, um Interaktionseffekte zu analysieren. Allerdings sind die Möglichkeiten hierzu eindeutig begrenzt, da ab einer Interaktion von mehr als zwei Variablen die Ergebnisse nur noch schwer zu interpretieren sind. Allerdings können sich statistische und Medium-N-Verfahren wie QCA trotz oder gerade wegen ihrer unterschiedlichen Kausalitätsannahmen (probabilistische vs. deterministische Kausalität) auch ergänzen, indem sie unterschiedliche Blickwinkel auf einen kausalen Zusammenhang ermöglichen und als gegenseitige Robustheitstests fungieren.

Drittens muss angesichts der komplexen Kausalstruktur von Staatszerfall ein *omitted variable bias* vermieden werden. Daher sollten möglichst alle relevanten Faktoren einbezogen werden. Da insbesondere politische Dynamiken und Prozesse als ursächliche Faktoren innerhalb der Forschung diskutiert werden, darf sich ein Design nicht auf strukturelle Erklärungsfaktoren beschränken. Zudem darf es sich nicht auf Proxy-Variablen mit zweifelhafter Validität verlassen, wenn keine passenden Daten vorliegen (Bates 2008b: 10; Englehart/Simon 2009: 116). Wenn notwendig, sollten entsprechende Daten neu erhoben bzw. kodiert werden.



Diese Anforderungen werden im Forschungsprojekt „Warum brechen Staaten zusammen?“ in praktische Forschung umgesetzt.¹⁴ Dort definieren wir Staatskollaps als einen Zustand, in dem formale staatliche Institutionen für mindestens sechs Monate keine nennenswerten Kapazitäten in der Gewaltkontrolle, der Rechtsetzung sowie der Steuererhebung aufweisen. Wir beschränken unsere Untersuchung auf die postkoloniale Phase ab 1960, da die ab diesem Zeitpunkt gültigen Standards staatlicher Souveränität nur bedingt mit den entsprechenden Normen früherer Epochen vergleichbar sind (Jackson 1990). Mit unserem Indikatorenschema (vgl. Anhang 1) haben wir insgesamt 17 Fälle eines vollständigen Staatskollaps ermittelt, die zwischen 1960 und 2009 eingesetzt haben (s. Tabelle 1).

Tab. 1: Fälle von Staatskollaps 1960-2009

Land	Beginn	Ende
Afghanistan	1979	1996
Afghanistan	2001	2009 andauernd
Angola	1992	1994
Bosnien-Herzegowina	1992	1994
Georgien	1991	1994
Guinea-Bissau	1998	1999
Irak	2003	2009 andauernd
Kongo-Kinshasa	1960	1965
Kongo-Kinshasa	1996	2002
Laos	1960	1973
Libanon	1975	1989
Liberia	1989	1996
Sierra Leone	1998	1999
Somalia	1991	2009 andauernd
Tadschikistan	1992	1996
Tschad	1979	1984
Uganda	1985	1986

15 dieser Fälle werden in einem vergleichenden Forschungsdesign untersucht. (Afghanistan 2001 und Irak 2003 werden ausgelassen, weil der Staatskollaps hier maßgeblich durch das militärische Eingreifen externer Akteure verursacht wurde.) Wir verwenden Multi-Value QCA, um Kombinationen kausaler Faktoren zu ermitteln. Dabei gehen wir davon aus, dass es unterschiedliche Typen des Kollapses mit jeweils einer eigenen Kausalstruktur gibt. Laut unseren Vorarbeiten (Lambach 2009) gehen wir von mindestens zwei Wegen zum Staatskollaps aus. Dies wäre erstens das sogenannte „Privatisierungsmodell“, bei dem der Staat gewissermaßen von innen ausgehöhlt wird und seine Ressourcen, seine Kompetenzen und seine Autorität schrittweise durch das herr-

¹⁴ Mehr Informationen unter <http://www.lehrstuhl-ibep.de/39-0-DFG-Projekt-Staatskollaps.html>.

schende Regime „privatisiert“ wird. Zweitens sprechen wir von einem „Fragmentierungsmodell“, bei dem die Eskalation politischer Machtkämpfe zur Desintegration des politischen Gemeinwesens führt.

Diese beiden Modelle sowie die weiteren aus der Literatur gewonnenen Hypothesen sollen an dem neu entstehenden Datensatz überprüft werden. Dazu werden die 15 Kollapsfälle mit zwei Kontrollgruppen verglichen: Erstens in einem horizontalen Vergleich mit anderen Staaten, die ebenfalls Perioden der Instabilität erlebten, aber nicht kollabierten. So sollen insbesondere die strukturellen Unterschiede zwischen kollabierten und nicht-kollabierten Staaten herausgearbeitet werden. Zweitens werden wir in einem vertikalen Vergleich die Kollapszeitpunkte mit anderen Phasen in der Entwicklung der kollabierten Staaten vergleichen. Damit können wir auch die Dynamik verstehen, die letztendlich zum Kollaps führt. So können wir letztendlich verstehen, warum z. B. in Zaire der Aufstand 1996 zum Kollaps führte, nicht aber die Shaba-Rebellion 1977.

Die Ergebnisse der beiden Vergleiche werden durch vertiefte Einzelfallstudien ergänzt und auf ihre Plausibilität überprüft. Dadurch möchten wir überprüfen, ob die einer Variablen unterstellte kausale Wirkung auch im konkreten Fall sichtbar wird. Dies ist bei einer QCA-Untersuchung ohnehin angeraten, da deren Ergebnisse in jedem Fall interpretationsbedürftig sind.

Das (erhoffte) Endresultat ist eine Theorie der Ursachen von Staatskollaps, die uns Aussagen dazu ermöglicht, unter welchen Rahmenbedingungen es zu welchem Typ von Kollaps kommen kann und wie der Prozess hin zum Staatskollaps abläuft. Umgekehrt können wir dann auch Aussagen darüber treffen, welche Faktoren den vollständigen Kollaps in Krisensituationen verhindern. Eine Anwendung dieser Ergebnisse auf weniger extreme Formen von Fragilität sollte aber nur mit Bedacht vorgenommen werden, da diese vermutlich eine abweichende, wenn nicht sogar völlig andere Kausalstruktur haben. Gleichwohl erhoffen wir uns Erkenntnisse darüber, warum nur manche fragile Staaten letztendlich kollabieren.





6. Literatur

- Akude, John E. 2006: Historical Imperatives for the Emergence of Development and Democracy: A Perspective for the Analysis of Poor Governance Quality and State Collapse in Africa. Universität zu Köln.
- Allen, Chris 1995: Understanding African Politics, in: *Review of African Political Economy*, 65, 301-320.
- Allen, Chris 1999: Warfare, Endemic Violence and State Collapse in Africa, in: *Review of African Political Economy*, 26 (81), 367-384.
- Andersen, Louise/Möller, Björn/Stepputat, Finn (Hg.). 2007: *Fragile States and Insecure People? Violence, Security, and Statehood in the Twenty-First Century*. Houndmills, New York: Palgrave Macmillan.
- Anter, Andreas 1996: *Max Webers Theorie des modernen Staates: Herkunft, Struktur und Bedeutung*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Baker, Pauline H./Ausink, John A. 1996: State Collapse and Ethnic Violence: Toward a Predictive Model, in: *Parameters*, Spring 1996, 19-31.
- Baker, Pauline H./Weller, Angeli E. 1998: *An Analytical Model of Internal Conflict and State Collapse: Manual for Practitioners*, Washington D.C.: Fund for Peace.
- Basedau, Matthias/Lay, Jann 2009: Resource Curse of Rentier Peace? The Ambiguous Effects of Oil Wealth and Oil Dependence on Violent Conflict, in: *Journal of Peace Research*, 46 (6), 1-20.
- Bates, Robert H. 2008a: *When Things Fell Apart: State Failure in Late-Century Africa*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Bates, Robert H. 2005: *Political Insecurity and State Failure in Contemporary Africa*, Center for International Development.
- Bates, Robert H. 2008b: State Failure, in: *Annual Review of Political Science*, 11, 1-12.
- Bates, Robert H. et al. 2003: *Political Instability Task Force Report: Phase IV Findings*, McLean: Science Applications International Corporation.
- Bayart, Jean-Francois/Ellis, Stephen/Hibou, Beatrice 1998: *The Criminalization of the State in Africa*, Oxford: James Currey.
- Beblawi, Hazem/Luciani, Giacomo (Hg.) 1987: *The Rentier State*, London: Croom Helm.
- Beck, Martin 2007: Der Rentierstaats-Ansatz und das Problem abweichender Fälle, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, 14 (1), 41-68.
- Bennett, Andrew 2004: Case Study Methods: Design, Use, and Comparative Advantages, in: D. Sprinz/Y. Wolinsky-Namias (Hg.): *Models, Numbers, and Cases: Methods for Studying International Relations*, Ann Arbor: University of Michigan Press, 19-55.
- Bertocchi, Graziella/Guerzoni, Andrea 2010: *The Fragile Definition of State Fragility*, RECent Working Paper No. 43, Modena: RECent Center for Economic Research.

- Bethke, Felix Sebastian 2012: Zuverlässig invalide - Indizes zur Messung fragiler Staatlichkeit, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, i. E.
- Betz, Joachim 2007: Staatlichkeit von Entwicklungsländern: Ein Beitrag zur Debatte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 17(3), 735-757.
- Bilgin, Pinar/Morton, Adam D. 2002: Historicising Representations of „Failed States“: Beyond the Cold-War Annexation of the Social Sciences?, in: Third World Quarterly, 23 (1), 55-80.
- Bourguignon, François et al. 2010: The Millennium Development Goals: An Assessment, in: Ravi Kanbur/Michael Spence (Hg.): Equity and Growth in a Globalizing World, Washington: World Bank, 17-40.
- Bourne, Mike 2011: Netwar Geopolitics: Security, Failed States and Illicit Flows, in: British Journal of Politics & International Relations, 13(4), 490-513.
- Bussmann, Margit 2009: Peitsche oder Zuckerbrot? Staatskapazität und Bürgerkriege, in: Margit Bussmann/Andreas Hasenclever/Gerald Schneider (Hg.): Identität, Institutionen und Ökonomie: Ursachen innenpolitischer Gewalt, Sonderheft 43/2009 der Politischen Vierteljahresschrift, Wiesbaden: VS, 258-282.
- Bussmann, Margit/Schneider, Gerald 2007: When Globalization Discontent Turns Violent: Foreign Economic Liberalization and Internal War, in: International Studies Quarterly, 51 (1), 79-97.
- Bussmann, Margit/Schneider, Gerald/Wiesehomeier, Nina 2005: Foreign Economic Liberalization and Peace: The Case of Sub-Saharan Africa, in: European Journal of International Relations, 11 (4), 551-579.
- Büttner, Annette 2004: Staatszerfall als neues Phänomen der internationalen Politik: Theoretische Kategorisierung und empirische Überprüfung, Marburg: Tectum.
- Buzan, Barry 1991: People, States and Fear, 2nd edition, New York: Harvester Wheatsheaf.
- Call, Charles T. 2008: The Fallacy of the „Failed State“, in: Third World Quarterly, 29 (8), 1491-1507.
- Call, Charles T. 2011: Beyond the “Failed State”: Toward Conceptual Alternatives, in: European Journal of International Relations, 17(2), 303-326.
- Carment, David et al. 2006: The 2006 Country Indicators for Foreign Policy: Opportunities and Challenges for Canada, in: Canadian Foreign Policy, 13 (1), 1-35.
- Carment, David et al. 2008: State Fragility and Implications for Aid Allocation: An Empirical Analysis. In: Conflict Management and Peace Science, 25 (4), 349-373.
- Chabal, Patrick/Daloz, Jean-Pascal 1999. Africa Works: Disorder as Political Instrument, London: James Currey.
- Chauvet, Lisa/Collier, Paul 2008: What are the Preconditions for Turnarounds in Failing States?, in: Conflict Management and Peace Science, 25 (4), 332-348.
- Chojnacki, Sven (2000): Anarchie und Ordnung: Stabilitätsrisiken und Wandel internationaler Ordnung durch innerstaatliche Gewalt und Staatenzer-





- fall. Papier vorgestellt bei der Tagung "Internationale Risikopolitik", Berlin, 24.-25. November 2000.
- Chojnacki, Sven/Branović, Željko 2007: (Un-)Sicherheit und Governance – theoretische Herausforderungen für die Sicherheitsforschung, in: M. Beisheim/G. F. Schuppert (Hg.): Staatszerfall und Governance, Baden-Baden: Nomos, 236-262.
- Clapham, Christopher 1998: Degrees of Statehood, in: *Review of International Studies*, 24 (2), 143-157.
- Clapham, Christopher 2002: The Challenge to the State in a Globalized World, in: *Development and Change*, 33 (5), 775-795.
- Clapham, Christopher 2004: The Global-Local Politics of State Decay, in: R. I. Rotberg (Hg.): *When States Fail: Causes and Consequences*, Princeton, Oxford: Princeton University Press, 77-93.
- Clement, Caty 2004: State collapse: A common causal pattern? A comparative analysis of Lebanon, Somalia and the former-Yugoslavia, Louvain-la-Neuve: Université Catholique de Louvain.
- Clements, Kevin P. et al. 2007: State Building Reconsidered: The Role of Hybridity in the Formation of Political Order, in: *Political Science*, 59 (1), 45-56.
- Crocker, Chester A. 2003: Engaging Failed States. In: *Foreign Affairs*, 82 (5), 32-44.
- Debiel, Tobias et al. 2005: Zwischen Ignorieren und Intervenieren: Strategien und Dilemmata externer Akteure in fragilen Staaten: Stiftung Entwicklung und Frieden.
- Debiel, Tobias/Lambach, Daniel (Hg.) 2007: *State Failure Revisited II: Actors of Violence and Alternative Forms of Governance*, Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden.
- Debiel, Tobias/Lambach, Daniel/Reinhardt, Dieter 2007: „Stay Engaged“ statt „Let Them Fail“: Ein Literaturbericht über entwicklungspolitische Debatten in Zeiten fragiler Staatlichkeit: Institut für Entwicklung und Frieden.
- Debiel, Tobias/Reinhardt, Dieter 2004: Staatsverfall und Weltordnungspolitik: Analytische Zugänge und politische Strategien zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: *Nord-Süd-Aktuell*, 18 (3), 525-538.
- Delbrück, Jost 2001: „Failed states“ – eine neue Aufgabe für den UN-Treuhandrat?, in: J. Ipsen/E. Schmidt-Jorzig (Hg.): *Recht-Staat-Gemeinwohl: Festschrift für Dietrich Rauschnig*, Köln: Heymanns, 427-439.
- Desch, Michael C. 1996: War and Strong States, Peace and Weak States?, in: *International Organization*, 50 (2), 237-268.
- DFID (Department for International Development) 2005: *Why We Need to Work More Effectively in Fragile States*, London: DFID.
<http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/fragilestates-paper.pdf> (22.05.2005).
- DiJohn, Jonathan 2002: *Mineral Resource Abundance and Violent Political Conflict: A Critical Assessment of the Rentier State Model*: London School of Economics.
- Doornbos, Martin 2002: State Collapse and Fresh Starts: Some Critical Reflections, in: *Development and Change*, 33 (5), 797-815.

- Ehrhart, Hans-Georg 2004: Bedrohung Staatszerfall – Antwort Nation-building?, in: C. Weller et al. (Hg.): Friedensgutachten 2004, Münster: Lit, 52-60.
- Englebert, Pierre 1997: The Contemporary African State: Neither African Nor State, in: *Third World Quarterly*, 18 (4), 767-775.
- Englehart, Neil A. 2007: Governments Against States: The Logic of Self-Destructive Despotism, in: *International Political Science Review*, 28 (2), 133-153.
- Englehart, Neil A. 2009: State Capacity, State Failure, and Human Rights, in: *Journal of Peace Research*, 46 (2), 163-180.
- Englehart, Neil A./Simon, Marc V. 2009: Failing States and Failing Regimes: The Prediction and Simulation of State Failure, in: H. Starr (Hg.): *Dealing with Failed States: Crossing Analytic Boundaries*, London: Routledge, 108-127.
- Erdmann, Gero 2003: Apokalyptische Trias: Staatsversagen, Staatsverfall und Staatszerfall - strukturelle Probleme der Demokratie in Afrika, in: P. Bendel/A. Croissant/F. W. Rüb (Hg.): *Demokratie und Staatlichkeit: Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps*, Opladen: Leske + Budrich, 267-292.
- Eriksen, Stein S. 2011: "State Failure" in Theory and Practice: The Idea of the State and the Contradictions of State Formation, in: *Review of International Studies*, 37, 229-247.
- Esty, Daniel C. et al. 1995: State Failure Task Force Report, McLean: Science Applications International Corporation.
- Esty, Daniel C. et al. 1998: State Failure Task Force Report: Phase II Findings, McLean: Science Applications International Corporation.
- Fearon, James D./Laitin, David D. 2003: Ethnicity, Insurgency and Civil War. In: *American Political Science Review*, 97 (1), 75-90.
- Forrest, Joshua B. 1998: State Inversion and Nonstate Politics, in: Leonardo A. Villalón/Phillip A. Huxtable (Hg.) 1998: *The African State at a Critical Juncture: Between Disintegration and Reconfiguration*, Boulder: Lynne Rienner, 45-56.
- Frisch, Hillel (2002): Explaining Third World Security Structures, in: *Journal of Strategic Studies*, 25(3), 161-190.
- Fund for Peace 2005: The Failed States Index 2005, in: *Foreign Policy*, 149, 56-65.
- Gamberger, Dragan/Lambach, Daniel 2008: A Temporal Analysis of Political Instability Through Subgroup Discovery, in: *Conflict Management and Peace Science*, 25 (1), 19-32.
- Geiss, Robin 2005: Failed States – Legal Aspects and Security Implications, in: *German Yearbook of International Law*, 47, 457-501.
- Gennaioli, Nicola/Rainer, Ilia 2007: The Modern Impact of Precolonial Centralization in Africa, in: *Journal of Economic Growth*, 12(3), 185-234.
- George, Alexander L. 1979: Case Studies and Theory Development: The Method of Structured, Focused Comparison, in: P. G. Lauren (Hg.): *Diplomacy: New approaches in History, Theory, and Policy*, New York: Free Press, 43-68.





- Goldstone, Jack A. 2008: Pathways to State Failure, in: *Conflict Management and Peace Science*, 25 (4), 285-296.
- Goldstone, Jack A. et al. 2000: State Failure Task Force Report: Phase III Findings, McLean: Science Applications International Corporation.
- Goldstone, Jack A. et al. 2005: A Global Forecasting Model of Political Instability. Papier vorgetragen beim Annual Meeting der American Political Science Association, Washington D.C., 1.-5. September 2005.
- Goldstone, Jack A. et al. 2010: A Global Model for Forecasting Political Instability, in: *American Journal of Political Science*, 54(1), 190-208.
- Grävingsholt, Jörn/Ziaja, Sebastian/Kreibaum, Merle Kreibaum 2012: State Fragility: Towards a Multi-Dimensional Empirical Typology, Discussion Paper 3/2012, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- Gros, Jean-Germain 1996: Towards a Taxonomy of Failed States in the New World Order: Decaying Somalia, Liberia, Rwanda and Haiti, in: *Third World Quarterly*, 17 (3), 455-471.
- Gros, Jean-Germain 2003: Trouble in Paradise: Crime and Collapsed States in the Age of Globalization, in: *British Journal of Criminology*, 43(1), 63-80.
- Hameiri, Shahar 2007: Failed States or a Failed Paradigm? State Capacity and Limits of Institutionalism, in: *Journal of International Relations and Development*, 10, 122-149.
- Hastings, Justin V. 2009: Geographies of State Failure and Sophistication in Maritime Piracy Hijackings, in: *Political Geography*, 28(4), 213-223.
- Hegre, Håvard/Ellingsen, Tanja/Gates, Scott/Gleditsch, Nils P. 2001: Toward a Democratic Civil Peace? Democracy, Political Change, and Civil War, 1816-1992, in: *American Political Science Review*, 95 (1), 33-48.
- Heilbrunn, John R. 2006: Paying the Price of Failure: Reconstructing Failed and Collapsed States in Africa and Central Asia. In: *Perspectives on Politics*, 4 (1), 135-150.
- Helman, Gerald B./Ratner, Steven B. 1992: Saving Failed States, in: *Foreign Policy*, (89), 3-20.
- Hentz, James J. 2004: State Collapse and Regional Contagion in Sub-Saharan Africa: Lessons for Zimbabwe, in: *Scientia Militaria*, 32 (1), 143-156.
- Herbst, Jeffrey 1996: Responding to State Failure in Africa. In: *International Security*, 21 (3), 120-144.
- Herbst, Jeffrey 2000: *States and Power in Africa: Comparative Lessons in Authority and Control*, Princeton: Princeton University Press.
- Herbst, Jeffrey 2004: Let Them Fail: State Failure in Theory and Practice, in: R. I. Rotberg (Hg.): *When States Fail: Causes and Consequences*. Princeton: Princeton University Press, 302-318.
- Herdegen, Matthias 1995: Der Wegfall effektiver Staatsgewalt: „The failed state“, in: M. Herdegen/ D. Thürer/G. Hohloch (Hg.): *Der Wegfall effektiver Staatsgewalt: „The failed state“*, Heidelberg: C.F. Müller, 49-85.
- Hicken, Allen 2011: Clientelism, in: *Annual Review of Political Science*, 14, 289-310.



- Hill, Jonathan 2009: Challenging the Failed State Thesis: IMF and World Bank Intervention and the Algerian Civil War., in: *Civil Wars*, 11 (1), 39-56.
- Hill, Jonathan N. 2005: Beyond the Other? A Postcolonial Critique of the Failed State Thesis, in: *African Identities*, 3 (2), 139-154.
- Hippler, Jochen 2005: Failed States und Globalisierung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 28-29/2005, 3-5.
- Hout, Wil 2010: Between Development and Security: The European Union, Governance and Fragile States, in: *Third World Quarterly*, 31(1), 141-157.
- Howard, Tiffany O. 2008: Revisiting State Failure: Developing a Causal Model of State Failure Based Upon Theoretical Insight, in: *Civil Wars*, 10 (2), 125-146.
- Hughes, Caroline/Pupavac, Vanessa 2005: Framing Post-Conflict Societies: International Pathologisation of Cambodia and the Post-Yugoslav States, in: *Third World Quarterly*, 26 (6), 873-889.
- Hyden, Göran 1983: *No Shortcuts to Progress*, London: Heinemann.
- Ignatieff, Michael 2002: Intervention and State Failure, in: *Dissent*, 49 (1), 115-123.
- Ignatieff, Michael 2003. *State Failure and Nation-Building*, in: J. L. Holzgrefe/R. O. Keohane (Hg.): *Humanitarian Intervention: Ethical, Legal, and Political Dilemmas*, Cambridge: Cambridge University Press, 299-321.
- Iqbal, Zaryab/Starr, Harvey 2007: *State Failure: Conceptualization and Determinants*. Papier vorgestellt beim Annual Meeting der International Studies Association, Chicago, 28. Februar – 3. März 2007.
- Jackson, Robert H./Rosberg, Carl G. 1986: Sovereignty and Underdevelopment: Juridical statehood in the African crisis, in: *Journal of Modern African Studies*, 24(1), 1-31.
- Jackson, Robert H. 1990: *Quasi-States: Sovereignty, International Relations and the Third World*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Jackson, Robert 1998: *Surrogate Sovereignty? Great Power Responsibility and "Failed States"*, Working Paper No.25, Vancouver: Institute of International Relations.
- Jackson, Richard 2001: The State and Internal Conflict, in: *Australian Journal of International Affairs*, 55 (1), 65-81.
- James, Mark 2012: The Other Civil Society: Organised Crime in Fragile and Failing States, in: *Defence Studies*, 12(2), 218-256.
- Jones, Branwen G. 2008: The Global Political Economy of Social Crisis: Towards a Critique of the „Failed State“ Ideology, in: *Review of International Political Economy*, 15 (2), 180-205.
- King, Gary/Keohane, Robert O./Verba, Sidney 1994: *Designing Social Inquiry: Scientific Inference in Qualitative Research*, Princeton: Princeton University Press.
- King, Gary/Zeng, Langche 2001a: Explaining Rare Events in International Relations *International Organization*, 55 (3), 693-715.
- Kingston, Paul 2004: States-Within-States: Historical and Theoretical Perspectives, in: Paul Kingston/Ian S. Spears (Hg.) 2004: *States-Within-States: In-*



- ipient Political Entities in the Post-Cold War Era, Houndmills: Palgrave Macmillan, 1-13.
- Klemp, Ludgera/Poeschke, Roman 2005: Good Governance gegen Armut und Staatsversagen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 28-29/2005, 18-25.
- Koehler, Jan/Zürcher, Christoph 2004: Der Staat und sein Schatten: Zur Institutionalisierung hybrider Staatlichkeit im Süd-Kaukasus, in: *Welt-Trends*, 12 (45), 84-96.
- Kostovicova, Denisa/Bojicic-Dzelilovic, Vesna 2009: State Weakening and Globalization, in: Denisa Kostovicova/Vesna Bojicic-Dzelilovic (Hg.) 2009: *Persistent State Weakness in the Global Age*, Farnham: Ashgate, 1-16.
- Krasner, Stephen D./Pascual, Carlos 2005: Addressing State Failure, in: *Foreign Affairs*, 84 (4), 153-163.
- Kraxberger, Brennan M. 2007: Failed States: Temporary Obstacles to Democratic Diffusion or Fundamental Holes in the World Political Map?, in: *Third World Quarterly*, 28 (6), 1055-1071.
- Kreijen, Gerard 2004: *State Failure, Sovereignty and Effectiveness: Legal Lessons from the Decolonization of Sub-Saharan Africa*, Leiden, Boston: Martinus Nijhoff.
- Kurtulus, Ersun N. 2012: Exploring the Paradoxical Consequences of State Collapse: The Cases of Somalia 1991-2006 and Lebanon 1975-82, in: *Third World Quarterly*, 33(7), 1285-1303.
- Lambach, Daniel 2006: Security, Development and the Australian Security Discourse. In: *Australian Journal of Political Science*, 41 (3), 407-418.
- Lambach, Daniel 2008: *Staatszerfall und regionale Sicherheit*, Baden-Baden: Nomos.
- Lambach, Daniel 2009: Warum kollabieren Staaten?, in: M. Bussmann/A. Hasenclever/G. Schneider (Hg.): *Identität, Institutionen und Ökonomie: Ursachen innenpolitischer Gewalt*, Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift 43/2009, Wiesbaden: VS, 235-257.
- Lambach, Daniel 2011: Why Do IR Scholars Study Fragile States and Not Comparativists?, Papier präsentiert bei der Millennium Annual Conference, London, 22.-23. Oktober 2011.
- Lektzian, David/Prins, Brandon C. 2008: Taming the Leviathan: Examining the Impact of External Threat on State Capacity, in: *Journal of Peace Research*, 45 (5), 613-631.
- Lijphart, Arend 1971: Comparative Politics and the Comparative Method, in: *American Political Science Review*, 65 (3), 682-693.
- Loges, Bastian/Menzel, Ulrich 2004: Staatszerfall und humanitäre Intervention, in: *E+Z*, 4/2004.
- Mahoney, James/Goertz, Gary 2006: A Tale of Two Cultures: Contrasting Quantitative and Qualitative Research, in: *Political Analysis*, 14 (3), 227-249.
- Mair, Stefan 1999: *Staatszerfall und Interventionismus: Determinanten grenzüberschreitender politischer Neuordnung in Afrika*: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Mair, Stefan 2000: Staatszerfall und Interventionismus als Determinanten der Entwicklung des afrikanischen Kontinents, in: J. van Scherpenberg/P.

- Schmidt (Hg.): *Stabilität und Kooperation: Aufgaben internationaler Ordnungspolitik*, Baden-Baden: Nomos, 161-175.
- Mair, Stefan 2004: *Intervention und „State Failure“: Sind schwache Staaten noch zu retten?*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 3/2004, 82-98.
- Manning, Richard/Trzeciak-Duval, Alexandra 2010: *Situations of Fragility and Conflict: Aid Policies and Beyond*, in: *Conflict, Security & Development*, 10(1), 103-131.
- Margolis, J. Eli 2010: *Understanding Political Stability and Instability*, in: *Civil Wars*, 12(3), 326-345.
- Marshall, Monty G./Cole, B. R. 2008: *Global Report on Conflict, Governance, and State Fragility 2008*, in: *Foreign Policy Bulletin*, 18 (1), S. 3-21.
- Marshall, Monty G./Goldstone, Jack 2007: *Global Report on Conflict, Governance, and State Fragility 2007: Gauging System Performance and Fragility in the Globalization Era*, in: *Foreign Policy Bulletin*, 17 (1), 3-21.
- Marshall, Monty G./Jagers, Keith 2005: *Polity IV Project: Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-2004 - Dataset Users' Manual*, Polity Project: George Mason University.
- Meagher, Kate 2012: *The Strength of Weak States? Non-State Security Forces and Hybrid Governance in Africa*, in: *Development and Change*, 43(5), 1073-1101.
- Mehler, Andreas 1996: *Wie in Afrika regiert wird*, in: *Der Bürger im Staat*, 46 (3/4), 204-207
- Menkhaus, Ken/Shapiro, Jacob N. 2010: *Non-state Actors and Failed States: Lessons from Al-Qa'ida's Experiences in the Horn of Africa*, in: Anne L. Clunan/Harold A. Trinkunas (Hg.) 2010: *Ungoverned Spaces: Alternatives to State Authority in an Era of Softened Sovereignty*, Stanford: Stanford University Press, 77-94.
- Menzel, Ulrich 2001: *Der Zerfall der postkolonialen Staaten*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18-19/2001, 3-5.
- Migdal, Joel S. 1988: *Strong Societies and Weak States: State-Society Relations and State Capabilities in the Third World*, Princeton: Princeton University Press.
- Migdal, Joel S./Schlichte, Klaus 2005: *Rethinking the State*, in: K. Schlichte (Hg.): *The Dynamics of States: The Formation and Crises of State Domination*. Aldershot, Burlington: Ashgate, 1-40.
- Munck, Gerardo L./Verkuilen, Jay 2002: *Conceptualizing and Measuring Democracy*, in: *Comparative Political Studies*, 35 (1), 5-34.
- Newman, Edward 2007: *Weak States, State Failure, and Terrorism*. In: *Terrorism and Political Violence*, 19 (4), 463-488.
- Norton, Richard J./Miskel, James F. 1997: *Spotting Trouble: Identifying Faltering and Failing States*, in: *Naval War College Review*, 50 (2), 79-91.
- Notshulwana, Mxolisi 2011: *State Fragility in Africa: Methods Chasing Problems or Problems Chasing Methods in Political Discourse?*, in: *International Journal of African Renaissance Studies*, 6(2), 81-99.
- Patrick, Stewart 2006: *Weak States and Global Threats: Fact or Fiction?*, in: *Washington Quarterly*, 29 (2), 27-53.





- Patrick, Stewart 2007: „Failed“ States and Global Security: Empirical Questions and Policy Dilemmas, in: *International Studies Review*, 9 (4), 644-662.
- Piazza, James A. 2007: *Draining the Swamp: Democracy Promotion, State Failure, and Terrorism in 19 Middle Eastern Countries*, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, 30 (6), 521-539.
- Piazza, James A 2008: *Incubators of Terror: Do Failed and Failing States Promote Transnational Terrorism?*, in: *International Studies Quarterly*, 52 (3), 469-488.
- Raeymaekers, Timothy/Menkhaus, Ken/Vlassenroot, Koen 2008: *State and Non-State Regulation in African Protracted Crises: Governance without Government?*, in: *Africa Focus*, 21(2), 7-21.
- Ragin, Charles C. 1987: *The Comparative Method: Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies*, Berkeley: University of California Press.
- Randeria, Shalini 2003: *Glocalization of Law: Environmental Justice, World Bank, NGOs and the Cunning State in India*, in: *Current Sociology*, 3-4/2003, 305-328.
- Reno, William 1998: *Warlord Politics and African States*, Boulder, London: Lynne Rienner.
- Reno, William 2000: *Shadow States and the Political Economy of Civil Wars*, in: M. Berdal/D. M. Malone (Hg.): *Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars*. Boulder, London: Lynne Rienner, 43-68.
- Reno, William 2004: *Order and Commerce in Turbulent Areas: 19th Century Lessons, 21st Century Practice*, in: *Third World Quarterly*, 25 (4), 607-625.
- Rice, Susan E./Stewart Patrick 2008: *Index of State Weakness in the Developing World*: Brookings Institution.
- Risse, Thomas/Lehmkuhl, Ursula (Hg.) 2007: *Regieren ohne Staat? Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit*, Baden-Baden: Nomos.
- Rondos, Alex 1994: *The Collapsing State and International Security*, in: Janne E. Nolan (Hg.) 1994: *Global Engagement: Cooperation and Security in the 21st Century*, Washington D.C.: Brookings Institution, 481-503.
- Rosenbaum, Paul R. 2010: *Design of Observational Studies*, New York: Springer.
- Rotberg, Robert I. 2002: *Failed States in a World of Terror*, in: *Foreign Affairs*, 81(4), 127-140.
- Rotberg, Robert I. (Hg.) 2003: *State Failure and State Weakness in a Time of Terror*, Washington: Brookings Institution Press.
- Rotberg, Robert I. (Hg.) 2004: *When States Fail: Causes and Consequences*, Princeton: Princeton University Press.
- Rüb, Friedbert W. 2003: *Staatlichkeit, Staatsbildung und Staatszerfall: Dimensionen und Perspektiven der politikwissenschaftlichen Debatte*, in: F. W. Rüb/P. Bendel/A. Croissant (Hg.): *Demokratie und Staatlichkeit: Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps*, Opladen: Leske + Budrich, 57-80.
- Ruf, Werner (Hg.) 2003: *Politische Ökonomie der Gewalt: Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg*, Opladen: Leske + Budrich.

- Saikal, Amin 2000: Dimensions of State Disruption and International Responses, in: *Third World Quarterly*, 21(1), 39-49.
- Schlichte, Klaus 2005: Gibt es überhaupt „Staatszerfall“? Anmerkungen zu einer ausufernden Debatte, in: *Berliner Debatte Initial*, 16 (4), 74-84.
- Schlichte, Klaus 2006: Staatsbildung oder Staatszerfall? Zum Formwandel kriegerischer Gewalt in der Weltgesellschaft, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 47 (4), 547-570.
- Schlichte, Klaus 2008: „Staatszerfall“ und die Dilemmata der intervenierenden Demokratie, in: A. Brodocz/M. Llanque/G. Schaal (Hg.): *Bedrohungen der Demokratie*, Wiesbaden: VS, 136-151.
- Schneckener, Ulrich 2003: Staatszerfall als globale Bedrohung: Fragile Staaten und transnationaler Terrorismus, in: *Internationale Politik*, 58 (11), 11-19.
- Schneckener, Ulrich 2004: *Transnationale Terroristen als Profiteure fragiler Staatlichkeit: Stiftung Wissenschaft und Politik*.
- Schneckener, Ulrich (Hg.) 2006a: *Fragile Staatlichkeit: „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern*, Baden-Baden: Nomos.
- Schneckener, Ulrich 2006b: *States at Risk: Zur Analyse fragiler Staatlichkeit*, in: U. Schneckener (Hg.): *Fragile Staatlichkeit: „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern*, Baden-Baden: Nomos, 9-40.
- Schneckener, Ulrich 2006c: Charakteristika und Dynamiken fragiler Staatlichkeit – Zur Auswertung der Fallstudien, in: U. Schneckener (Hg.): *Fragile Staatlichkeit: „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern*, Baden-Baden: Nomos, 347-366.
- Schubert, Ulf-Manuel 2005: *Staatszerfall als Problem des internationalen Systems*, Marburg: Tectum.
- Simons, Anna/Tucker, David 2007: The Misleading Problem of Failed States: A „Socio-Geography“ of Terrorism in the Post-9/11 Era, in: *Third World Quarterly*, 28 (2), 387-401.
- Spanger, Hans-Joachim 2002: *Die Wiederkehr des Staates: Staatszerfall als wissenschaftliches und entwicklungspolitisches Problem: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung*.
- Spanger, Hans-Joachim 2005: Die ordnungspolitische Herausforderung des Staatszerfalls, in: E. Jahn/S. Fischer/A. Sahn (Hg.): *Die Zukunft des Friedens*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 213-233.
- Spanger, Hans-Joachim 2007: Staatszerfall und Staatsbildung: Eine Bestandsaufnahme der internationalen Theoriebildung, in: S. Weiss/J. Schmierer (Hg.): *Prekäre Staatlichkeit und internationale Ordnung*, Wiesbaden: VS, 85-105.
- Straßner, Alexander/Klein, Margarete (Hg.) 2007: *Wenn Staaten scheitern: Theorie und Empirie des Staatszerfalls*, Wiesbaden: VS.
- Tetzlaff, Rainer 1993: Staatszerfall und staatliche Neugliederung: Perspektiven der zukünftigen Staatenstruktur in Afrika, in: *Institut für Afrika-Kunde* (Hg.): *Afrika-Jahrbuch 1992*, Opladen: Leske + Budrich, 22-33.
- Tetzlaff, Rainer 2000: „Failing states“ in Afrika: Kunstprodukte aus der Kolonialzeit und europäische Verantwortung, in: *Internationale Politik*, 55 (7), 8-16.





- Tetzlaff, Rainer 2002: Die Staaten Afrikas zwischen demokratischer Konsolidierung und Staatszerfall, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 13-14/2002, 3-6.
- Thürer, Daniel 1999: The „Failed State“ and International Law, in: *International Review of the Red Cross*, 836, 731-761.
- Trefon, Theodore (Hg.) 2004: *Reinventing Order in the Congo: How People Respond to State Failure in Kinshasa*, London: Zed.
- Ulfelder, Jay (2012): „State Failure“ Has Failed. How About Giving „State Collapse“ a Whirl?
<http://dartthrowingchimp.wordpress.com/2012/07/05/state-failure-has-failed-how-about-giving-state-collapse-a-whirl/> (01.10.2012)
- van de Walle, Nicolas 2004: The Economic Correlates of State Failure: Taxes, Foreign Aid, and Policies, in: R. I. Rotberg (Hg.): *When States Fail: Causes and Consequences*, Princeton: Princeton University Press, 94-115.
- von Benda-Beckmann, Franz 1994: Rechtspluralismus: Analytische Begriffsbildung oder politisch-ideologisches Programm?, in: *Zeitschrift für Ethnologie*, 119(1), 1-16.
- von Trotha, Trutz 2000: Die Zukunft liegt in Afrika: Vom Zerfall des Staates, von der Vorherrschaft der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit, in: *Leviathan*, 28 (2), 253-279.
- Vreeland, James R. 2008: The Effect of Political Regime on Civil War: Unpacking Anocracy, in: *Journal of Conflict Resolution*, 52(3), 401-425.
- Wai, Zubairu 2012: Neo-patrimonialism and the Discourse of State Failure in Africa, in: *Review of African Political Economy*, 39(131);, 27-43.
- Weber, Max 1968: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, 3. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, Max 1972: *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, 5. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Widner, Jennifer A. 1995: States and Statelessness in Late Twentieth-Century Africa, in: *Daedalus*, 124 (3), 129-153.
- Wolff, Stefan 2011: The Regional Dimensions of State Failure, in: *Review of International Studies*, 37(3), 951-972.
- Woodward, Susan L. 1999, Failed States: Warlordism and „Tribal“ Warfare, in: *Naval War College Review*, 52 (2), 55-68.
- Weltbank 2002: *World Bank Group Work in Low-Income Countries Under Stress: A Task Force Report*, Washington: World Bank.
- Weltbank 2011: *World Development Report 2011*, Washington: World Bank.
- World Bank Independent Evaluation Group 2006: *Engaging With Fragile States: An IEG Review of World Bank Support to Low-Income Countries Under Stress*. Washington: World Bank.
- Zartman, I. William (Hg.) 1995: *Collapsed States: The Disintegration and Restoration of Legitimate Authority*, Boulder: Lynne Rienner.
- Zürcher, Christoph 2005: Gewollte Schwäche?, in: *Internationale Politik*, 60 (9), 13-22.



7. Anhang 1: Indikatorenkatalog für Staatskollaps

Definition

Staatskollaps beschreibt einen Zustand des politischen Systems, in dem staatliche Institutionen über keine nennenswerte Funktionsfähigkeit (mehr) verfügen. Diese Fähigkeit kann entweder in einem oft langwierigen Prozess verloren gegangen oder seit der Staatsgründung nie so recht vorhanden gewesen sein. Im Deutschen haben die Begriffe „Zerfall“ und „Kollaps“ semantisch eher einen Prozesscharakter, der jedoch der Beschreibung des Problems nicht in allen Fällen gerecht wird, da es mehrere Beispiele eines „Kollapses“ gerade erst unabhängig gewordener Staaten gibt, weshalb der Begriff als Bezeichnung für eine Situation verwendet wird. Der Eintritt dieses Kollapszustands ist oft nicht ganz exakt zu bestimmen, geht jedoch häufig mit Gewaltkonflikten oder anderen, schwer wiegenden politischen Krisen einher.

Ein Kollaps ist dann gegeben, wenn staatliche Institutionen in drei zentralen Dimensionen zusammengebrochen sind. Diese sind 1. Rechtsetzung, Verwaltung und die staatlichen Organe, 2. die Gewaltkontrolle und 3. die Erhebung verbindlicher Abgaben. In jeder Dimension sind Indikatoren in zwei Ebenen aufgelistet. Eine Dimension gilt als kollabiert, wenn darin

- a) irgend ein Indikator 1. Ebene zutrifft, oder
- b) eine Mehrzahl von Indikatoren 2. Ebene, für die Daten vorliegen, zutrifft.

Bei einigen Indikatoren sind Proxies in Klammern angegeben, auf die zurückgegriffen wurde, wenn eine direkte Aussage zum fraglichen Indikator nicht möglich war.

Indikatoren

1. Rechtsetzung, Verwaltung und staatliche Organe
 - Das höchste Gericht des Landes trifft keine Entscheidungen mehr
 - Legislative erlässt keine formellen Gesetze mehr (Gerichte und Behörden lösen sich auf)
 - Parlament und/oder Regierung verlegen ihre Tätigkeit aus ihren üblichen Arbeitsorten
 - Massive Korruption innerhalb der Regierung, Verwaltung und Justiz („Control of Corruption“ [Weltbank Governance-Datensatz] < -2,00 ODER sinkt um mindestens 0,8 Punkte innerhalb von zwei Jahren ODER Corruption Perceptions Index < 1,5; Gehälter von Beamten werden seit mindestens sechs Monaten nicht mehr gezahlt)
 - Staatliche Gesetze werden unter großen Teilen der Bevölkerung nicht durchgesetzt („Government Effectiveness“ [WB Governance-Datensatz] < -2,00 ODER sinkt um mindestens 0,8 Punkte innerhalb von zwei Jahren)



- Nicht-staatliche Rechtssysteme ersetzen staatliches Recht in weiten Teilen des Landes; ein bloßer Rechtspluralismus, also ein Nebeneinander unterschiedlicher Systeme, ist nicht ausreichend („Rule of Law“ [Weltbank Governance-Datensatz] < -2,00 ODER sinkt um mindestens 0,8 Punkte innerhalb von zwei Jahren)
2. Gewaltkontrolle
- Staatliche Sicherheitskräfte lösen sich *de jure* auf
 - Staatliche Sicherheitskräfte haben keine Kontrolle über große Teile der Hauptstadt
 - Staatliche Sicherheitskräfte werden *de facto* zu privaten Kampfverbänden (Sold wird seit mindestens sechs Monaten nicht mehr gezahlt; Staatliche Sicherheitskräfte nehmen Raubzüge unter der Zivilbevölkerung vor)
 - Organisierte nicht-staatliche Akteure kontrollieren große Teile des Territoriums (Herausbildung lokaler Milizen und Selbstverteidigungsgruppen; Nicht-staatliche Kampfverbände haben mindestens die gleiche Mannstärke von staatliche Sicherheitskräfte; Massiver Import von Kleinwaffen außerhalb staatlicher Kanäle; Gewaltakteure aus anderen Staaten operieren im Land)
 - Staatliche Akteure kontrollieren nur kleine Teile des Territoriums, d. h. maximal die Hauptstadt, wenige regionale Zentren sowie strategische Rohstoffvorkommen („Political Stability“ [Weltbank Governance-Datensatz] < -2,00 ODER sinkt um mindestens 0,8 Punkte innerhalb von zwei Jahren)
3. Erhebung von Abgaben
- Es wird kein offizielles Staatsbudget aufgestellt
 - Die Zentralbank stellt ihre Arbeit ein
 - Es findet keine organisierte Finanzverwaltung statt (Keine Bereitstellung öffentlicher Güter der Grundversorgung durch staatliche Agenten; Deutlicher Verfall der physischen Infrastruktur)
 - Abgabenerhebung durch nicht-staatliche Akteure in weiten Teilen des Landes
 - Steuerquote < 8% des BIP ODER die Steuerquote fällt innerhalb von zwei Jahren um mindestens 50% (Inflation liegt über 100%; Einnahmen aus der Besteuerung von Primärgutextraktion und aus Zöllen machen mehr als 80% der Staatseinnahmen aus; mehr als 10% des Staatsbudgets werden aus Entwicklungshilfe finanziert)

Zuletzt erschienene INEF-Reporte

- Jan Hanrath:** Transnationale Migrantengruppen und der Transport von Konflikten – Das Beispiel Türken und Kurden in Berlin. Duisburg (INEF-Report 105/2012), 44 S.
- Christian Bueger/Jan Stockbrügger/Sascha Werthes:** Strategische Fehler der Pirateriebekämpfung. Somalia, Peacebuilding und die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie. Duisburg (INEF-Report 104/2011), 44 S.
- Hippler, Jochen:** Strategische Grundprobleme externer politischer und militärischer Intervention – Unter besonderer Berücksichtigung der Krisensituationen des Nahen und Mittleren Ostens. Duisburg (INEF-Report 103/2011), 56 S.
- Werthes, Sascha/Heaven, Corinne/Vollnhals, Sven:** Assessing Human Insecurity Worldwide. The Way to a Human (In)Security Index. Duisburg (INEF-Report 102/2011), 62 pp.
- Meyns, Peter/Musamba, Charity (eds.):** The Development State in Africa. Problems and Perspectives. Duisburg (INEF-Report 101/2010), 68 pp.
- INEF (Hrsg.):** Sonderheft. Entwicklung, Frieden und Global Governance: Ein Rückblick auf 100 Ausgaben des INEF-Reports, 27 S.
- Kurtenbach, Sabine/Seifert, Matthias:** Development Cooperation after War and Violent Conflict - Debates and Challenges. Duisburg (INEF-Report 100/2010), 44 pp.
- Pech, Birigit:** Korruption und Demokratisierung. Rekonstruktion des Forschungsstandes an den Schnittstellen zu Institutionenökonomik und politischer Transformationsforschung. Duisburg (INEF-Report 99/2009), 36 S.
- Goede, Nils:** Die Intervention der Vereinten Nationen in Somalia. Eine Analyse der Entscheidungsprozesse im Sicherheitsrat für die Resolution 794. Duisburg (INEF-Report 98/2009), 42 S.
- Wulf, Herbert (Hg.):** Still Under Construction. Regional Organisations' Capacities for Conflict Prevention. Duisburg (INEF-Report 97/2009), 56 S.



Einzelexemplare können gegen Rechnung schriftlich beim INEF bestellt werden:
Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen,
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, D-47048 Duisburg.
Kosten je Report: 3,00 Euro (innerhalb Deutschlands) bzw. 5,00 Euro (innerhalb Europas).
Bestellformulare finden Sie auf unserer Homepage.
Alle INEF-Reporte stehen im Internet zum kostenfreien Download zur Verfügung:
<http://inef.uni-due.de>

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), das im Jahr 1990 gegründet wurde, ist eine Forschungseinrichtung der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen am Campus Duisburg. Es kooperiert eng mit der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Bonn, die 1986 auf Initiative des früheren Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt gegründet wurde.

Das INEF verbindet wissenschaftliche Grundlagenforschung mit anwendungsorientierter Forschung und Politikberatung in folgenden Bereichen: Global Governance und menschliche Sicherheit, fragile Staaten, Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung sowie Entwicklung, Menschenrechte und Unternehmensverantwortung.

Der spezifische Ansatz des INEF, das als einziges Forschungsinstitut in Deutschland Fragen an der Schnittstelle von Entwicklung und Frieden bearbeitet, spiegelt sich auch im breiten Spektrum der Drittmittelgeber wider. Das INEF führt, oft in Kooperation mit nationalen sowie internationalen Partnern, eigene Forschungsprogramme durch und erschließt systematisch internationale Expertise und Weltberichte. Projekte führt das INEF auch für nicht-staatliche Organisationen (NGOs) und NGO-Netzwerke durch. Das Institut ist in ein internationales Forschungsnetzwerk eingebettet.

Leitung und Vorstand

Direktor: Prof. Dr. Tobias Debiel

Wissenschaftliche Geschäftsführerin: Dr. Cornelia Ulbert

Vorstand: Prof. Dr. Tobias Debiel (Sprecher); Prof. Dr. Christof Hartmann (stellv. Sprecher); Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte (Dekan der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften); Dr. Brigitte Hamm; Prof. Dr. Thomas Heberer; Prof. Dr. Claus Leggewie; Prof. Dr. Dirk Messner; Prof. Dr. Werner Pascha; Prof. Dr. Susanne Pickel; Ursula Schürmann; Prof. Karen Shire PhD; Prof. Dr. Harald Welzer; Benjamin Werner; beratend: Prof. Michael Bohnet, Ministerialdirektor i.R.; Prof. em. Dr. Othmar Haberl; Prof. em. Dr. Peter Meyns; Prof. em. Dr. Franz Nuscheler.

Die Reihe INEF-Report

In den INEF-Reporten werden wichtige Arbeitsergebnisse aus den Forschungsprojekten des Instituts publiziert. Die INEF-Reporte erscheinen in unregelmäßiger Reihenfolge.



FAKULTÄT FÜR
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Lotharstr. 53 D - 47057 Duisburg
Telefon +49 (203) 379 4420 Fax +49 (203) 379 4425
E-Mail: inef-sek@inef.uni-due.de
Homepage: <http://inef.uni-due.de>